

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 163 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 8/2008 · VOM 25. JULI 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | »Wir haben
nichts unternommen«
Stadtwerkeverkauf in Eberswalde

7 | Stigmatisieren, Disziplinieren,
Unterdrucksetzen
Contra 1-Euro-Job und Armutslohn

14 | War alles
nur ein Traum?
Ein Jahr in Schweden - letzter Monat

Niemand hat die Absicht *diese Schule abzureißen...*

Zum Abschied der Oberschule »Albert-Einstein«, Brandenburgisches Viertel/Eberswalde

Kennt ihr das Zitat: »Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten.« Wer hat das gesagt? - Walter Ulbricht im Jahr 1961. Und er hatte gelogen. Längst war der Mauerbau beschlossene Sache! Schon unsere Eltern und Großeltern hat man »das Blaue vom Himmel« vorgelogen.

Und die Schule? Als wir im April 2006 protestierend durch die Stadt zogen zwangen wir die Schulrätin, Frau Reuscher, vor die Tür mit der Aussage: Niemand hat die Absicht eure Schule zu schließen.

Es war längst beschlossene Sache.

Und am Rathaus damals: Der amtierende Bürgermeister Herr Landmann: Ich komme gerade aus dem Urlaub, aber glaubt mir: Niemand hat die Absicht eure Schule zu schließen!

Sie hatten einen geheimen Gipfel abgehalten auf dem alles beschlossen wurde. Frau Reuscher die Schulrätin, Herr Boginski – heute der Bürgermeister, Herr Mocek für den Landkreis.

Ganz schnell soll es nun gehen! Noch in diesen Ferien! Der Abriß wird 75.000 Euro kosten. Laßt euch das mal auf der Zunge zergehen: 75.000 Euro. Und woher kommt das Geld? Es sind unsere Steuermittel. Pfui, sage ich da!

Es tut mir weh. Die Schule war wichtig für unseren Stadtteil. Es gab keinen Grund, die Einsteinschule zu schließen. Es gab nur Starrsinn. Es tut mir weh, ich bin traurig und sauer.

Diese Schule wurde 1985 übergeben. Erst 23 Jahre alt ist diese Schule. Am Anfang hieß sie Ernst-Thälmann-Oberschule. Er wurde von den Nazis im KZ ermordet, weil er Kommunist war. Sie wurde dann Gesamtschule. Und dann Ganztagschule. Sie hieß nun Albert-Einstein-Schule. Dann bekam sie eine gymnasiale Oberstufe, sie wurde Oberschule. Dann nahm man ihr die Oberstufe wieder weg.

Merkt ihr was? In 23 Jahren war sie Oberschule, Gesamtschule, Polytechnische Schule, Ganztagschule, Schule mit und ohne gymnasialer Oberstufe, Einstein-Schule. Der Schultyp änderte sich ständig. Das ist Ausdruck der katastrophalen in der Bildungspolitik in diesem Land.

Wir haben demonstriert, wir haben gestreikt, wir waren in Potsdam, wir haben geklagt. Aber sie haben uns nicht zugehört. Wir haben sogar versucht Bürgermeister zu werden, um die Schließung der Schule zu verhindern!



Beim Kampf um die Schule haben wir etwas gelernt! Mit der Demokratie ist es nicht weit her in unserer Stadt und im Landkreis. Schüler und Eltern hier haben keine Lobby. Was man mit uns im Brandenburgischen Viertel gemacht hat, das hätte sich kein Mensch mit der Goetheschule oder dem Humboldt-Gymnasium getraut.

Nun nehmen wir also Abschied. Es geht nicht nur um ein Haus.

Es geht um unseren Stadtteil. Es geht um Bildung im Stadtteil. Wieder wird es eine Baulücke geben. Ich rufe euch auf! Wenn der Bagger kommt, dann macht ganz viele Fotos. Laßt uns den Abriß festhalten und dann in der ganzen Stadt ausstellen und zeigen, das soll ein Zeichen sein gegen das Vergessen.

Ich rufe euch auf! Unterstützt die Idee einer neuen Schule in Finow. Es ist wenigstens eine Alternative, die wir uns selbst schaffen. Eine Alternative zu den großen Schulkombinaten, die in der Stadt entstehen.

Das Ende der Schule ist nicht mehr zu verhindern. Freuen wir uns also über 23 Jahre, über das Erlebte in der Schule. Eines Tages werden wir hier stehen und sagen: Seht Kinder, dort stand mal meine Schule, dort wo jetzt die großen Eichen stehen. Aber wißt ihr Kinder, wir haben damals alles versucht. Leider haben die falschen Leute zur falschen Zeit die falschen Entscheidungen getroffen.

HARTWIN SCHULZ

Nachruf auf G. Walker

Die Amtszeit eines der größten Umweltschützer der Gegenwart geht bald zu Ende. Bevor man diesen erfolgreichen Mann vergißt, sollen seine Leistungen hier gebührend gewürdigt werden.

Kaum jemand wird das Wirken des 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika so ohne weiteres mit dem Umweltschutz in Verbindung bringen. Statt dessen gelten die Vereinigten Staaten von Amerika als die größten Umweltsünder.

George Walker Bush hat indessen heimlich und mit brachialer Gewalt einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung des Energieverbrauchs auf der Welt erbracht. Was keiner vor ihm geschafft hat. Dafür muß man ihn loben. Ehre wem Ehre gebührt.

Diese großartige Leistung geht ausschließlich auf Eigennutz zurück. Als Mann des Erdöls mit eigenen Ölfeldern galt sein Augenmerk immer den Preisen. Ordentliche Preise müssen schon sein, damit sich das Geschäft auch lohnt.

Damit die Preise steigen, sollte man das Angebot verknapfen. Diesem Zweck dienen mehrere erfolgreiche Maßnahmen. Zum einen hat er die Förderung von Erdöl auf dem Meeresboden vor den Küsten der Vereinigten Staaten aus vorgeschobenen Gründen des Umweltschutzes verboten. Und dann hat er mit sehr großem Aufwand und unter unsäglichen Opfern einen der größten Erdölproduzenten vom Markt genommen.

Der Krieg im Irak hat unglaublich viele Opfer gekostet und das reiche Land und den Kriegsherrn selbst an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gebracht. Seit vielen Jahren kommt aus dem Irak kaum noch Öl und die Ölindustrie ist vollständig zerstört. Dazu kommt die Angst der Verbraucher vor einer Ausweitung des Krieges. Es handelt sich um wirksame Maßnahmen, wie der Anstieg der Preise in den vergangenen Jahren für jeden sichtbar machte.

Die skrupellosen Methoden und die hohen Preise wiederum führen von G. Walker wohl völlig unbeabsichtigt zum Nachdenken und Handeln vieler Menschen. Jetzt, unter dem Eindruck des sinnlosen Krieges und der gestiegenen Kosten, fährt man weniger, kauft sparsamere Geräte, schaltet überflüssige Maschinen ab, sucht und findet Alternativen für die Heizung der Gebäude, dämmt besser, baut leichtere Autos und nutzt seinen Verstand um Energie zu sparen.

Auch wenn die Fossilien der Stromerzeuger mit ihren Kohlekraftwerken und Atommeilern wieder aus ihren Löchern kommen, die Lektion von G. Walker sitzt ganz tief und fest.

Natürlich werden die Ölpreise wieder fallen. Öl ist ja nach wie vor genügend vorhanden. Aber wir werden sparen, was das Zeug hält. Denn wir können eins und eins zusammenzählen und soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Eigenartige Demokratievorstellungen

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 26. Juni meine Vorlage als Ortsbürgermeisters von Finow zum Thema Stadtpark Finow zurückgewiesen.

Worum ging es? Der ehemalige Stadtpark neben der Grundschule Finow mit dem sowjetischen Ehrenmal soll umgestaltet werden. Das Denkmal ist inzwischen abgebaut. Die Stadtverwaltung plant die Errichtung eines Kinderspielplatzes. Dem entgegen steht der Vorschlag, den ehemaligen Stadtpark wieder herzurichten, worüber ich seit 2004 mit der Stadtverwaltung im Gespräch bin. Ziel sollte es sein, diese Fläche im Herzen des Ortsteils Finow als Teil eines Finower Ortsteilzentrums zu entwickeln. Der Stadtverordnete Nicky Nerbe hat zum Thema Entwicklung eines Ortsteilzentrums Finow eine Bürgerbefragung vorgenommen und daraus schlußfolgernd ebenfalls die Entwicklung der Fläche zum Stadtpark vorgeschlagen. Trotzdem bleibt die Stadtverwaltung bei ihrer Planung zur Errichtung eines Kinderspielplatzes. Mit meiner Vorlage für die StVV versuchte ich in letzter Minute zu verhindern, daß dieser noch in diesem Jahr geschaffen wird. Mein Beschlußvorschlag:

»Die StVV beschließt, die Planung für den Kinderspielplatz in Finow (neben der Grundschule Finow) vorerst nicht umzusetzen. Die Errichtung eines Kinderspielplatzes auf der vorgesehen Fläche erfordert die Abwägung, welche Funktion die Fläche im zukünftigen Ortsteilzentrum Finow erfüllen kann. Vor dem Bau des Kinderspielplatzes ist deshalb eine Konzeption zur Entwicklung des Ortsteilzentrums Finow zu erarbeiten. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für den geplanten Kinderspielplatz die Fläche zwischen der Sporthalle und dem ehemaligen Ledigenwohnheim in der Bahnhofstraße geeignet ist.«

Daß die Vorlage von der StVV zurückgewiesen wurde, war zu erwarten. Und trotzdem ist dazu einiges zu sagen. Die Vorlage ging zunächst an den Bürgermeister, weil Ortsbürgermeister keine Anträge einreichen können.

Abgeordnete per Rad in Eberswalde unterwegs

Eberswalde (b90/bbp). Auf ihrer sommerlichen Radfahrt durch das Land Brandenburg hat die Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Cornelia Behm am 16. Juli auch in Eberswalde Station gemacht. Am Vormittag besuchte sie das Schulprojekt »Freie Oberschule Finow« in der Biesenthaler Straße. Gemeinsam mit dem grünen Kreistagsabgeordneten Prof. Johannes Creutziger sprach sie mit Günter Schumacher, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins »Freie Oberschule Finow« über die Hürden für eine »Freie Schule« in der Bildungslandschaft Brandenburgs.

Das Nutzungskonzept für den Familiengarten Eberswalde war Thema eines Gesprächs mit dem Baudezernenten Dr. Gunther Prüger. Beim Rundgang durch das ehemalige Landesgartenschau Gelände wurden die Folgenutzung

Bürgermeister Boginski hatte es in der Hand, dem Anliegen der Vorlage selbst zu entsprechen, indem er die Umsetzung der städtischen Pläne gestoppt und erst eine Konzeption zur Gestaltung des Ortsteilzentrums Finow beauftragt hätte. Dies hat er jedoch nicht getan, sondern er hat die Entscheidung bewußt der StVV überlassen. Da muß er sich schon fragen lassen, ob er als Finower Bürger die Ortsteilinteressen richtig erkannt und wahrgenommen hat. Ferner muß er sich fragen lassen, ob seine Reaktion der von ihm erklärten Wertschätzung für die Arbeit der Ortsbürgermeister entspricht, wenn er in solch wichtiger Angelegenheit den Ortsbürgermeister nicht unterstützt. Statt mich in der StVV zu unterstützen, hat er behauptet, die Spielplatzpläne für die Fläche neben der Grundschule seien in meiner Anwesenheit beraten worden und nur ich sei dagegen gewesen. Ich müsse die demokratische Entscheidung akzeptieren.

Hier offenbart Bürgermeister Boginski eine sehr eigenartige Auffassung von Demokratie. Die Beratung, auf die er in der StVV Bezug nahm, war Boginskis Reaktion auf meinen Brief vom April 2008, in dem ich ihn um Überprüfung der Spielplatzpläne der Stadt gebeten hatte. Daß in dieser Beratung die Angestellten der Stadt und der Schulleiter der Grundschule unisono für die Umsetzung des städtischen Projektes waren, hat nichts mit einer demokratischen Entscheidung zu tun, denn außer Pfarrer Martin Appel war niemand anwesend.

Wenn nun die Spielplatzpläne der Stadt auf besagter Fläche realisiert werden, wird dafür eine zentrale Fläche im Zentrum Finows verwendet, die in einer Entwicklungskonzeption für das Ortsteilzentrum eine wichtige Rolle spielen könnte. Über die Erarbeitung einer solchen Entwicklungskonzeption indes spricht derzeit niemand. Die Erklärung, neben dem Stadtzentrum auch die Ortsteilzentren entwickeln zu wollen, ist derzeit leeres Gerede.

ALBRECHT TRILLER

und die aktuellen Schwierigkeiten bei der Bewirtschaftung der Anlage erörtert.

Am Nachmittag traf sich Cornelia Behm schließlich auf der Deponie Ostend mit Karen Oehler und Dr. Magdalene Westendorff von der Bürgerinitiative »Keine Schnellstraße zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde«. Der exzellente Ausblick von der Deponie wurde genutzt, um den Verlauf der drei Ausbauvarianten im Gelände nachzuvollziehen. Karen Oehler wies darauf hin, daß es für den innerstädtischen Verkehr kaum Entlastungen gebe. Für die Bürgerinitiative völlig unverständlich sei, sagte Magdalene Westendorff, daß der kürzlich in der StVV beschlossene Verkehrsentwicklungsplan die Umgehungsstraße als Voraussetzung hinnimmt, als hätte es die Stellungnahme der Stadt zu den Varianten nicht gegeben.

Biogasanlage in Eberswalde

Neuer Betreiber C4 Energie AG plant Biogas-Einspeisung ins Erdgasnetz

Eberswalde (bbp). »Bisher liegt für die Biogasanlage im Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE) noch kein Bauantrag vor«, sagte Baudezernent Dr. Gunther Prüger auf der StVV-Sitzung am 26. Juni. Der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller hatte seine Verwunderung geäußert, wieso die geplante Biogasanlage als Geschäft der laufenden Verwaltung betrachtet werde und bisher weder er als zuständiger Ortsbürgermeister noch die StVV beteiligt seien. Dr. Prüger meinte, es sei noch ein sehr frühes Stadium. Das Beteiligungsverfahren sei noch nicht eröffnet.

Das bereits im Herbst 2006 vorgestellte Biogasprojekt der Firma OPTICONS Verwaltungsgesellschaft mbH aus dem bayerischen Rosenheim, deretwegen die Stadtverordneten im Juni 2007 extra eine Änderung des Bebauungsplanes für das TGE-Gelände beschlossen hatten, ist inzwischen vom Tisch (vgl. BBP 3, 6 und 8/2007). In der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 3. Juni informierte der Baudezernent über den aktuellen Stand. Mit der C4 Energie AG habe sich ein neuer Investor gefunden, der bereits ein Grundstück im nordwestlichen Teil des TGE erworben habe.

Im Unterschied zu OPTICONS will C4 Energie keinen Strom produzieren, sondern das Biogas in die am TGE vorbeiführende Erdgasfernleitung der EWE einspeisen, erläuterte der Vertreter der mit der Planung und technischen Realisation beauftragten Greenline GmbH & Co. KG den Ausschußmitgliedern. Gegenüber der direkten Verstromung habe dies den Vorteil, daß keine Verluste durch nicht genutzte Abwärme entstehen. Dies hatte die Effektivität des OPTICONS-Projektes erheblich beeinträchtigt. Die notwendige Prozeßwärme für den Fermenter soll von dem benachbarten Krematorium bezogen werden, dessen Abwärme bisher weitgehend ungenutzt in die Umgebung abgeleitet wurde. Gegenüber dem alten Projekt soll die Größe auf 2,4 MW (elektrisch) halbiert werden. Dies entspreche einer Biogasproduktion von 1.000 Kubikmetern pro Stunde und dem Jahresbedarf von 4.000 Einfamilienhäusern. Gegenüber dem Ursprungsprojekt re-



Die Landwirte versprechen sich von der energetischen Biomasseverwertung einen sicheren Absatz ihrer Produkte. Zugleich begeben sie sich aber in Abhängigkeiten und geraten in Gefahr, auf Monokulturen zu setzen.

duziert sich damit auch der Rohstoffbedarf. Insgesamt sollen in der Anlage nunmehr pro Jahr 55.000 Tonnen Biomasse verarbeitet werden, davon 10.000 Tonnen Gülle. Dazu kommen pro Jahr 30.000 Tonnen Maissilage, 10.000 Tonnen Roggen sowie 5.000 Tonnen Sonnenblumen, Mais und sonstige Biomasse. Die Reststoffe sollen als Wirtschaftsdünger an die liefernden Landwirte zurückgehen.

Bernd Köhler, Vorstand und Gesellschafter der C4 Energie AG, informierte, daß bereits mehrere Landwirte der Region als Lieferanten gewonnen werden konnten. Er versicherte, daß es beim normalen Betrieb keine Geruchsbelästigungen geben werde. Auf das Jahr gerechnet würden im Durchschnitt etwa 3 bis 4 LKW pro Tag die Anlage anfahren. Allerdings werde es eine Häufung in der Erntezeit geben, mit bis zu 6 Fahrzeugen pro Stunde. Rohstoffe für 180 Tage würden direkt auf dem Betriebsgelände gelagert werden, die restliche Hälfte bei einem der Lieferanten in Finowfurt.

Bernd Köhler, von Hause aus Banker, u.a. war er 7 Jahre lang Niederlassungsleiter der Deutschen Kreditbank in Potsdam, verwies auf die mehrjährigen Erfahrungen seiner Gesellschaft, deren erste Biogasanlage im Jahr 2004 gebaut wurde. Für die Finanzierung arbeite man mit Spezialbanken zusammen. Der Eigenkapitalanteil von 30 Prozent werde jeweils projektweise eingeworben. Die AG selbst hafte mit 1,250 Millionen Euro Grundkapital, wobei eine Kapitalerhöhung auf 2,25 Millionen Euro vorgesehen sei.

Die AG setze auf verlässliche Anlagentechnik und arbeite mit erfahrenen Anlagenherstellern zusammen. Die C4 Energie AG baut ihre Anlagen nicht für irgendwelche anonymen Finanzinvestoren, sondern betreibt ihre Anlagen über einen Zeitraum von 20 Jahren. Als Beispiele für bisherige Investitionen der C4 AG nannte Köhler u.a. die erst kürzlich fertiggestellte Biogasanlage Bergen auf der Insel Rügen. Dort werde Strom (1.250 MW) sowie Wärme für über 2.000 Haushalte im Wohngebiet Bergen-Süd produziert.

Stadtwerkeverkauf:

Nichts unternommen

Eberswalde (bbp). In der vorigen Ausgabe informierte die »Barnimer Bürgerpost« unter der Überschrift »Zu billig verkauft?« über eine Anfrage des Stadtverordneten Gerd Markmann (Die Linke) zum Verkauf der ehemals der Stadt gehörenden Anteile an der Stadtwerke Eberswalde GmbH. Im Herbst 2007 hatten die Käufer der Anteile und deren Vertreter Strafbefehle in beträchtlicher Höhe akzeptiert und damit eine Einstellung des gegen sie durchgeführten Ermittlungsverfahrens wegen Bestechung erkaufte. Das Gericht sprach damals von fehlendem öffentlichen Interesse für eine weitere Strafverfolgung. Das Korruptionsverfahren gegen den ehemaligen Bürgermeister läuft indes weiter. Bereits 2005 gab es Presseveröffentlichungen (BBP 9/2005), in denen der Verdacht geäußert wurde, daß der beim Verkauf der 26prozentigen Stadtwerkeanteile erzielte Kaufpreis von 16,7 Millionen Euro lediglich 30 bis 50 Prozent des tatsächlichen Wertes der Anteile betragen hat. Demnach wäre der Stadt mit dem Verkauf dieser Anteile ein geschätzter finanzieller Nachteil in Höhe von 16 bis 32 Millionen Euro entstanden.

Abweichend von der üblichen Praxis einer schriftlichen Beantwortung von schriftlich gestellten Anfragen antwortete der 1. Beigeordnete Lutz Landmann auf der StVV-Sitzung am 26. Juni mündlich auf die Fragen. Nach Aufforderung durch den Fragesteller wurde auch eine schriftliche Beantwortung zugesagt, die aber bis zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vorlag.

Auf die Fragen: »Was hat die Stadtverwaltung unternommen, um den rechtswidrig zustande gekommenen Kaufvertrag rückabzuwickeln? Gab es alternativ dazu Anstrengungen, eine nachträgliche Korrektur des Kaufpreises zu erreichen? Existiert ein Wertgutachten? Was hat die Stadtverwaltung unternommen, um den Verkauf der ersten 25 Prozent der Stadtwerke-Anteile auf seine Rechtmäßigkeit und Werthaltigkeit zu überprüfen? Wann endet jeweils die Verjährungsfrist, um ggf. entsprechende Forderungen gegenüber den Käufern der Stadtwerkeanteile oder den für den Verkauf Verantwortlichen geltend zu machen?« sagte Landmann, daß es keinen Versuch gegeben habe, den Kauf rückgängig zu machen. Es habe dazu keine Veranlassung gegeben, weil der Verkauf nicht beanstandet worden sei. Ebenso wurde nichts unternommen, eine eventuelle Korrektur des Kaufpreises zu erreichen. Ein Wertgutachten gab es beim Verkauf des ersten Viertels der Stadtwerkeanteile. Damals sei dieses Gutachten allen Stadtverordneten zugänglich gemacht worden. Da es beim Verkauf der verbleibenden Anteile ein deutlich höheres Gebot als beim ersten Teilverkauf gab, hielten es die Verantwortlichen für unnötig, auf ein erneutes Wertgutachten zu drängen. Zur Verjährung führte Landmann aus, daß der Kaufvertrag notariell beglaubigt und damit gültig sei.

Volksrad – Red & Black Edition

Alle Fahrräder werden mit einer 3-Gang-Rücktritt-Nabenschaltung ausgeliefert. Das Nachfolgemodell des *Strike Bikes*, kann ab sofort zum Preis von 299,00 Euro pro Stück bestellt werden. Nach Erhalt der Bestellung erhalten Sie von uns per eMail bzw. per Post eine Proforma Rechnung mit unserer Bankverbindung. Die Versandkosten und 19% Mehrwertsteuer sind im Preis enthalten. Anfragen von Fahrradhändlern sind sehr willkommen. Zu erreichen sind wir unter Tel: 03631/466965 oder 0172/5730284, Fax: 03631/466990 oder per E-Mail unter: strikebikendh@aol.com.

Chronologie einer Schulschließung

2004: keine 11. Klassen mehr an der gymnasialen Oberstufe der Albert-Einstein-Schule

Dez. 2005: mit 18 gegen 13 Stimmen beschließt die StVV Eberswalde die Abgabe der weiterführenden Schulen an den Landkreis März 2006 – nur 33 Schüler wollen mit Erstwunsch an die Einsteinschule, 40 Schüler sind laut Ministeriumsbeschlus zur Errichtung von 7. Klassen notwendig

11. April 2006: Infoveranstaltung in der Aula der Einsteinschule

25. April 2006: Protesttag „Wir powern für unsere Schule“ mit Demo zum Staatlichen Schulamt und zum Rathaus

25. April 2006: am Abend Buchlesung mit Rainer Thiel »Der Schülerstreik in Storkow«

Anfang Mai 2006: sog. »Bildungsgipfel« des Landrates mit Schulamt und Vertretern von SPD, CDU und FDP (Boginski)

8. – 18. Mai 2006: Schülerstreik an der Albert-Einstein-Oberschule

17. Mai 2006: Protest vor dem Landtag

1. Juni 2006: Proteste zur StVV (symbolisierter »Schulbus«), PDS-Antrag zum Verbleib der weiterführenden Schulen bei der Stadt scheitert

22. Juni 2006: Proteste zur StVV gemeinsam mit Schülern der Grundschule Mitte, Anträge von PDS und AfW zur Sicherung der Grundschulstandorte scheitern

28. Juni 2006: Proteste zum Kreistag, der entscheidet über das »Eckpunktepapier« des sog. »Bildungsgipfels« des Landrats von Anfang Mai

28. Juni 2006: Parallel zum Kreistag findet in der Einsteinschule ein großes Schulfest unter dem Motto »Der Gipfel der Bildung« statt.

30. Juni 2006: Der Schulclub wird eröffnet

6. Juli: Der Unterstützerkreis für den Erhalt der Einsteinschule konstituiert sich mit weiteren Bürgerinitiativen zum »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde«. Hartwin Schulz wird als Bürgermeisterkandidat vorgeschlagen

Juli/August 2006: Klagen von Eltern zur Einführung von 7. Klassen werden abgewiesen

August 2006: Schuljahr 2006/2007 in der Einsteinschule beginnt ohne 7. Klassen

29. Oktober 2006: Im 1. Wahlgang der Bürgermeisterwahl erreicht der Kandidat des »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde« Hartwin Schulz mit 2.391 Stimmen (18,7 Prozent) den dritten Platz unter den sechs Bewerbern, vor den Kandidaten von SPD und PDS

30. November 2006: Kundgebung vor der StVV, anschließend Teilnahme von 200 Kundgebungssteilnehmern an der StVV-Sitzung; Mehrheit von SPD, CDU und FDP (ohne Dr. Adler) beschließen mit 18 gegen 12 Stimmen den Vertrag zur Übergabe der weiterführenden Schulen an den Landkreis, die Schließung der Albert-Einstein-Oberschule ist damit besiegelt

31. Juli 2007: Die Albert-Einstein-Oberschule wird offiziell aufgelöst und zur Außenstelle der Oberschule Westend

26. Juni 2008: StVV beschließt die Bereitstellung von 75.000 Euro für den Abriss des Gebäudes der Albert-Einstein-Oberschule

16. Juli 2008: Letzter Schultag im Gebäude der Albert-Einstein-Oberschule

16. Juli 2008: Schul-Abschieds-Feier = Schul-Abriss-Feier

Sommer 2008: Das Gebäude der Albert-Einstein-Schule wird abgerissen

Trauer und stille Wut

Schul-Abschieds-Feier der »Albert-Einstein-Oberschule« am 16. Juli

Eberswalde (bbp). Am 16. Juli 2008 hat die Albert-Einstein-Oberschule endgültig ihre Pforten geschlossen. Zuletzt fungierte der Schulstandort noch als Außenstelle der Oberschule Westend. Während der Landkreis für die Erweiterung der Schulstandorte in Westend und in Mitte mehrere Millionen Euro investiert, fallen die Investitionen für die Albert-Einstein-Schule eher bescheiden aus. Hier hat die Stadt Eberswalde 75.000 Euro in den Haushalt eingestellt – um das Schulgebäude noch während der abzureißen.

Aus der geplanten »Schul-Abschieds-Feier« wurde somit eine »Schul-Abriss-Feier«, bei der nicht nur auf die 23jährige Geschichte der Schule zurückgeblückt, sondern vor allem auch an den Kampf gegen die Schulschließung erinnert wurde, der in dem 11tägigen Schülerstreik im Mai 2006 seinen Höhepunkt hatte.

Aufgrund des Wetters mußte die ursprünglich vor dem Gebäude der Einsteinschule geplante Abschiedsveranstaltung am Abend des 16. Juli kurzfristig auf das Gelände des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses verlegt werden.

Die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und viele Mitstreiter im Brandenburgischen Viertel und darüber hinaus kämpften für den Erhalt der Schule. Ihnen allen sollte mit der Abschiedsfeier noch einmal für ihr Engagement gedankt werden.

Zwischen den musikalischen Einlagen der Eberswalder Band mit dem zum Anlaß passenden Namen »Dead And Deamend« (Tod und Verdammnis) und »JOLSEA« aus Birkenwerder/Eberswalde, nutzten einige Gäste die Gelegenheit am Offenen Mikrofon ihren Unmut über die Schulschließung im speziellen und die



Für die musikalische Umrahmung sorgt u.a. die Band Jolsea aus Birkenwerder mit Tobias Emmerich, der sein »Frosch-Lied« vortrug, das im Mai 2006 zur inoffiziellen Streikhymne wurde. Im Bild oben erinnert Hartwin Schulz, daß auch der Abriss nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Eberswalder Schulpolitik im allgemeinen zu äußern. Außerdem wurde das Grußwort von Rainer Thiel aus Storkow verlesen, dessen Buch »Der Schülerstreik in Storkow« zum Ideengeber für den Eberswalder Schülerstreik wurde.

Die Hauptverantwortlichen: Bodo Ihrke (Landrat), Jörg Mocek (inzwischen stellvertretender Landrat), Brigitte Reuscher (Schulrätin), Reinhard Schulz (ehemaliger Bürgermeister von Eberswalde), Lutz Landmann (Beigeordneter in Eberswalde), Friedhelm Boginski (ehemaliger Schulleiter der Goethe-Oberschule und jetziger Bürgermeister von Eberswalde), die Stadtverordneten der CDU und der SPD, die Kreistagsabgeordneten der CDU und der SPD.



Dr. Rainer Thiel bei der Buchlesung »Der Schülerstreik in Storkow« am 25. April 2006 in der Aula der Albert-Einstein-Oberschule.

»Vergeßt nicht!«

Liebe Schüler und Lehrer, vergeßt nicht Euren Kampf um die Bewahrung der Albert-Einstein-Schule in Eurer Heimat, dem Brandenburgischen Viertel.

Ihr habt für Eure Würde und um Eure Rechte gekämpft.

Ich war aus Storkow gekommen mit Christina und mit Stefan Cygon, um Euch beizustehen. Auch in Zukunft werden wir gegen Schikanen kämpfen müssen.

Schüler der Albert-Einstein-Schule – bleibt aufrecht wie Albert Einstein und duldet niemals Schikanen der Obrigkeit.

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie zu schützen ist Pflicht aller Bürger.

RAINER THIEL aus Storkow

Nächster Schulabriß im Jahr 2011

Eberswalde (bbp). Bis 2011 wird das Gebäude der ehemaligen 16. Schule im Brandenburgischen Viertel noch durch die gymnasiale Oberstufe des Oberstufenzentrums genutzt. Dies hat der Landkreis inzwischen gegenüber der Stadtverwaltung schriftlich verbrieft. Der seitens der Stadt geplante Umzug der »Schwäzese«-Grundschule in das materiell sehr gut ausgestattete OSZ-Gebäude muß daher aufgeschoben werden. Positiv für das Brandenburgische Viertel, dem der OSZ-Schulstandort erstmal noch erhalten bleibt. Zugleich können notwendige Instandhaltungsmaßnahmen im bisherigen »Schwäzese«-Haus nun nicht mehr aufgeschoben werden. Im kommenden Jahr sollen dort die ersten 30.000 Euro für Fußbodenarbeiten investiert werden. Seit 1992 sind

725.000 Euro in der »Schwäzese«-Schule verbaut worden. Im aktuellen Schulentwicklungsplan sind weitere 2,255 Millionen Euro Instandsetzungsbedarf ausgewiesen. Dabei sind allein 1,5 Millionen Euro für den Brandschutz vorgesehen – was allerdings wenig glaubhaft erscheint. Im Planentwurf von 2005 waren es lediglich 50.000 Euro, die für Brandschutzmaßnahmen vorgesehen waren. Der zuständige Dezernent Lutz Landmann tat eine entsprechende Nachfrage auf der StVV-Sitzung am 26. Juni damit ab, daß dies angesichts des 2011 geplanten Umzugs ohnehin nicht relevant sei. Den Verdacht, hier könnten potentielle Kosten bewußt nach oben manipuliert worden sein um den nachfolgenden Abriß zu rechtfertigen, entkräftete Landmann nicht.

»Schwäzese«-Grundschule gefährdet?

Obwohl es nur noch zwei Oberschulen in Eberswalde gibt, wollten gerademal 22 Schüler mit Erstwunsch in der Oberschule Westend unterrichtet werden. Eine Ohrfeige für die gegenwärtig in Eberswalde praktizierte Schulpolitik. Dieser Tendenz soll entgegengewirkt werden mit millionenschweren Erweiterungsbauten zur Attraktivmachung der Schulstandorte in Westend und in Mitte.

In diesem Zusammenhang drängt der Landkreis zudem auf eine Aufhebung der Grundschulbezirke – und hätte da durchaus politische Unterstützung in der Stadt Eberswalde. Dies würde am Ende zu Lasten des Stadtteils mit der schwächsten Klientel gehen, befürchtet Hartwin Schulz, Sozialdiakon im Brandenburgischen Viertel.

Bei der Frage nach der Aufhebung der

Grundschulbezirke handelt es sich um eine Spätwirkung der Abgabe der weiterführenden Schulen und der damit zusammenhängenden Abgabe von zwei Grundschulen an den Landkreis. Es gibt jetzt zwei konkurrierende Schulträger. Und die Festlegung der Schulbezirke braucht das Übereinkommen beider. Sollten die Schulbezirke tatsächlich irgendwann aufgehoben werden, bluten die städtischen Grundschulen aus – zuallererst die »Schwäzese«-Schule. Unabhängig davon besteht nun das Problem der Zwei-Klassen-Grundschulen. Denn der Kreis hat einfach mehr finanzielle Mittel zur Verfügung.

Man könnte natürlich innerhalb der Stadt dafür sorgen, die städtischen Grundschulen ähnlich auszustatten.

GERD MARKMANN

Geld ist reichlich da

Eberswalde (bbp). Bildungsminister Holger Rupperecht reiste Mitte Juni höchstpersönlich nach Eberswalde, um 720.000 Euro Fördermittel aus dem Bundesinvestitionsprogramm »Zukunft Bildung und Betreuung« an die Schulleiterin der Oberschule Westend Petra Ziegenhagen zu übergeben. Verwendet wird das Geld für den Ersatzneubau mit vier Fachkabinetten für Naturwissenschaften, einem Schulleiterbereich und einem Lehrerzimmer. Die Gesamtkosten betragen rund 2,2 Millionen Euro. Mit 400.000 Euro beglückte der Minister die künftige Johann-Wolfgang-von-Goethe-Oberschule in Mitte. Dort sollen rund 8 Millionen Euro verbaut werden.

Diese Investitionen übersteigen den Gesamtbetrag, den die Stadt Eberswalde im Entwurf ihres Schulentwicklungsplans von 2005 – das war vor dem Beschluß zur Abgabe der weiterführenden Schulen – für alle Schulen einschließlich Turnhallen an Sanierungskosten avisiert hatte. Für die Einsteinschule standen 865.000 Euro im Plan.

Länderübergreifend

Zum Schulbesuch von Ahrensfelder Schülerinnen und Schülern in Berlin erklärt der Landtagsabgeordnete der LINKEN Ralf Christoffers: »Die Diskussion um den möglichen Schulbesuch von Ahrensfelder Schülerinnen und Schülern in Berlin konnte nun zu einem erfolgreichen Abschluß geführt werden.«

Ralf Christoffers, der sich in Berlin und Brandenburg mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten für eine schnelle Lösung Ahrensfelder Problems eingesetzt hat, betont in diesem Zusammenhang, daß es nach diesem Erfolg weiter darum gehen muß, »nicht nur Einzellösungen zu schaffen sondern generelle Entscheidungen im Rahmen des Gastschülerabkommens zwischen Brandenburg und Berlin zu treffen«.

Einem Bekenntnis zur gemeinsamen Region müssen auch konkrete Maßnahmen folgen, um die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg auch für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu gestalten.

LUTZ KUPITZ

Erstes Jahr erfolgreich

Vor etwa einem Jahr beschloß die Stadtverordnetenversammlung (StVV) Eberswalde einstimmig die Neugründung des Kinder- und Jugendparlamentes (KJP).

Die Arbeitsgruppe Spielleitplanung wurde ins Leben gerufen, welche vom KJP geleitet wird. Durch diese Arbeitsgruppe konnte unter Mithilfe der Fraktionen eine Vorlage für eine Spielleitplanung in die StVV eingebracht und ein Drittel der Spielplätze durch Kinder auf ihre Qualität getestet werden.

Auch im Bereich der Kultur engagierte sich das KJP. Um das Interesse der Kinder am Lesen zu fördern, wurden mehr als 100 Mal- und Sachbücher an drei Kitas und eine Grundschule übergeben. Ebenfalls wirkte das KJP als Partner beim letztjährigen Eberswalder Filmfest mit und wird auch dieses Jahr seine Partnerschaft beim Nachwuchspreis »Piggy« fortsetzen.

Mit der Ausrichtung von Pokerturnieren startete das KJP eines ihrer Langzeitprojekte, welches in den nächsten Jahren fortgeführt werden wird. Schon bei den letzten drei Turnieren traten insgesamt mehr als 150 Teilnehmer an. Die Erlöse konnten u.a. an die Lebenshilfe, die Maria-Magdalenen-Kirche und den Finower Wasserturm gespendet werden.

Mit neuen Projekten möchte das KJP sein zweites Jahr in Angriff nehmen. Darunter ist ein einmaliges Vorhaben in Brandenburg. Pünktlich zum Start des neuen Schuljahres sollen 5.000 Kinderstadtpläne kostenlos an die Grundschüler verteilt werden. Dabei wird eng mit den Grundschulen und Schülern zusammengearbeitet werden. Diese entscheiden selber was in den Stadtplan aufgenommen werden soll. So sollen besondere Gefahren- und Konfliktstellen, wie hoher Straßenverkehr mit einfließen. Für die Realisierung des Vorhabens werden ca. 6.000 Euro benötigt. Obwohl sich schon etliche Sponsoren gefunden haben, werden immer noch weitere Unterstützer gesucht.

Weiterhin soll der Kontakt zu Kinder- und Jugendparlamenten in den Partnerstädten ausgeweitet werden. Nachdem im August 2007 und Februar 2008 Delegierte aus den Jugendparlamenten in Delmenhorst und Herlev (Dänemark) zu einem Erfahrungsaustausch nach Eberswalde kamen, möchte das KJP Eberswalde in diesem Jahr Gegenbesuche abstaten. Zudem wird versucht Kontakt zu einem ähnlichen Jugendgremium in der polnischen Partnerstadt Gorzów aufzunehmen.

Es laufen auch schon Gespräche mit der Leiterin der Stadtbibliothek. Wir wollen perspektivisch gerne die Benutzung des Internets für Recherchen für Mitglieder der Bibliothek kostenlos zulassen.

Schon jetzt ist zu sehen, daß das neugegründete Kinder- und Jugendparlament mehr erreichen konnte als sein Vorgänger.

MARTIN HOECK, KJP-Vorsitzender

Kontakt: Kinder- und Jugendparlament Eberswalde, Schorfheidestraße 13, 16227 Ebw., Tel: 03334/352446, Mobil: 0162/7166198, eMail: KJP-Eberswalde@telta.de.

Versäumte Würdigung

Das Schaffen von Arbeitsplätzen ist allenthalben eine wichtige Voraussetzung für die Stabilität des gesellschaftlichen Gefüges. Dieses ist gegenwärtig gefährdet. Als Ursachen können u.a. die größer gewordene Kluft zwischen arm und reich und die beginnende Zerbröselung des Mittelstandes, der selbst schon teilweise in den Sektor der Armut hinein zu rutschen scheint, benannt werden. Für Eberswalde sind neue Arbeitsplätze auch deshalb wichtig, weil durch sie der Rückgang an Einwohnern gebremst werden kann. Bei der Wertung neuer Arbeitsplätze fallen allerdings Unausgewogenheiten auf. So werden die von Theo Steil angekündigten acht bis zehn Arbeitsplätze, die voraussichtlich nur wenigen Arbeitnehmern aus der Region zugute kommen werden und welche die Gesundheit unserer Eberswalder Bevölkerung gefährden, oft genannt. Auch die Arbeitsplätze, die durch das illusorische Projekt der Flugplatzweiterung angeblich entstehen, werden bis in die Stadtentwicklungsplanung hinein, gewürdigt. Andere bereits real vorhandene dagegen nicht. Zu diesen nicht benannten Projekten gehört die Kinderakademie am Kupferhammer Weg. Hier wurden nicht nur acht bis zehn, sondern über 30 Arbeitsplätze geschaffen. Der Vorteil dieser Arbeitsplätze besteht in folgendem:

1. Sie sind real und nicht nur Wunschträume
2. Sie stehen der Tourismus- und Gesundheitsregion Eberswalde nicht entgegen
3. Sie sind ein Beitrag gegen die bundesweit beklagte Vernachlässigung der Bildung
4. Hier wurde eine Schule geschaffen und nicht abgeräumt, wie es der Einstein-Oberschule erging.

Die Stadtfraktion der Allianz freier Wähler spricht der Initiatorin und Arbeitgeberin Frau Peters-Passtor ausdrücklich ihre Anerkennung aus.

Dr. G. SPANGENBERG, Fraktionsvorsitzender

DGB-Mindestlohntruck

Eberswalde (cz). Die DGB-Region Ostbrandenburg plant im Rahmen der Mindestlohnkampagne einen Zwischenstopp der Trucks am 12. September in Eberswalde. Gleichzeitig ist für diesen Tag vorgesehen, eine Konferenz zu prekärer Beschäftigung und Niedriglohn durchzuführen. Zur Zeit finden die Feinabstimmungen statt. Weitere Informationen finden Sie auf der DGB Kampagnenseite unter: http://www.mindestlohn.de/aktion/mindestlohn_tour_2008 und auf der Homepage der DGB-Region Ostbrandenburg: <http://region-ostbrandenburg.dgb.de>.

Beratung

für Kriegsdienstverweigerer
mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Ein Brief aus Rostow am Don

Am 6. April 2006 hatte die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft Eberswalde an den 40. Jahrestag des Flugzeugabsturzes der beiden Finower Piloten Boris Kapustin und Juri Janow über Westberlin erinnert. Seitdem versuchen die Freunde in Zusammenarbeit mit dem Luftfahrthistorischen Museum Einzelheiten zur damaligen Katastrophe, mitten im Kalten Krieg, ans Licht zu befördern. In diesem Zusammenhang ergaben sich auch Kontakte mit GALINA KAPUSTINA, der Witwe eines der Piloten. Nachfolgend dokumentieren wir ihren Brief vom Frühjahr diesen Jahres.

Liebe Freunde! Ihr Brief hat mich sehr aufgewühlt und viele Erinnerungen geweckt. Mir schien es, wieder an mir unvergessenen und lieb gewordenen Orten Deutschlands zu sein. Die beiliegenden Fotografien haben mich an das Denkmal für die gefallenen Befreier der Stadt Finow erinnert. Ich weiß jetzt genau, wo sich die Gedenktafel befindet, welche der Heldentat meines Mannes Boris und seines Freundes Juri gewidmet ist.

Ich habe das Flugzeug, mit dem mein Mann verunglückt ist, nie gesehen und weiß daher nicht, wie es aussah. Dieses Flugzeug ist nie in Serienproduktion gegangen. Dank Ihrer Fotos weiß ich jetzt mehr. Ich möchte mich bei jenen Leuten bedanken, die diesen Flugzeugtyp bildlich rekonstruiert haben. Die Darstellung ist gut gelungen, drückt das tragische Ereignis anschaulich aus und erreicht viel mehr die Herzen der Menschen, als das jemals ein Denkmal aus Stein könnte.

Auf den von Ihnen gemachten Fotografien sind das Denkmal, das Flugzeug und die der Heldentat gewidmete Gedenktafel gut getroffen. Deutlich zu erkennen sind die Ergriffenheit, Interessiertheit und von Herzen kommende Anteilnahme der Menschen, die auf den Bildern zu sehen sind. Besonders in der heutigen Zeit wiegt das sehr schwer. Dafür bedanke ich mich bei allen von ganzem Herzen.

In Ihrem Brief fragen Sie nach meinen deutschen Freunden. Es waren viele deren Namen ich leider im Verlauf der Jahre zum großen Teil vergessen habe. Aber an einige erinnere ich mich. So erinnere ich mich sehr gut an den Bürgermeister der Stadt Finow (*richtig Eberswalde, der Übersetzer*). Er hieß Willi, seinen Familiennamen habe ich leider vergessen (*Schlöricke, d.Ü.*). Ich arbeitete im Haus der Offiziere als Leiterin der Bibliothek und nahm oft mit unseren Leuten an deutschen Veranstaltungen teil. Hier traf ich oft den Bürgermeister, der Willi hieß (*s.o. Schlöricke, d.Ü.*). Er bekundete mir gegenüber tiefe Anteilnahme an meinem Kummer. Mein Sohn Waleri, der im Jahre 1980 in Deutschland war, übermittelte mir die besten Grüße von ihm. Dann habe ich nichts mehr von ihm gehört.

Deutsche Jugendliche, die Russisch lernten und sich für die russische Kultur interessierten, kamen ins Haus der Offiziere, um die Bibliothek zu besuchen. Ich erinnere mich besonders an Wolfgang (*Gohlke, d.Red.*), der, wenn ich mich richtig erinnere, Russischlehrer war. Er hat, als er in Leningrad lebte und arbeitete, das Internat Nr. 40 besucht. Das erfuhr ich von

ehemaligen Schülern des Internats, dessen Pionierfreundschaft die Namen von B. Kapustin und J. Janow trug. Leider gibt es das Internat nicht mehr.

Besonders enge Kontakte hatte ich mit Frau Elsa, die mit ihrer Mutter in der Nähe der Garnison wohnte. Wir haben uns in einem Geschäft kennengelernt, wo ich Blumensamen und andere Dinge kaufte. Sie arbeitete hier als Verkäuferin und sprach sehr gut russisch. Ich war oft bei ihnen zu Hause, denn Elsa und ihre Mutter haben für meine Familie verschiedene Dinge gestrickt. So strickten sie z. B. für meinen verstorbenen Mann zwei Pullover, die dann unser Sohn Waleri gern getragen hat. Besonders viele Sachen haben sie für mich gestrickt. Nach dem bekannten Ereignis haben wir uns persönlich nicht voneinander verabschiedet, das letzte Kleid hat sie mir nach Rostow am Don geschickt.

Enge Kontakte pflegte ich zu einer Brigade des Fischereikombinates in Saßnitz auf der Insel Rügen, die den Namen Kapustin trug. Die Beziehungen zu dieser Brigade begannen 1968 und endete mit dem Fall der Berliner Mauer. Ich schicke Ihnen ein Bild der Brigade und die Zeitung, welche über den Besuch von Brigademitgliedern bei mir zu Hause in Rostow am Don berichtet hat.

Ich lege auch einen Artikel aus der Lenin-gradener »Smena« bei, in dem über ein Treffen mit Vertretern der Stadt Dresden berichtet wird. Damals gab es auch in der Stadt Rostow viele solcher Treffen. Außerdem lege ich die Kopie eines Artikels aus einer deutschen Zeitung vom 12. April 1966 bei.

Es wird Sie bestimmt interessieren, was danach passiert ist. Auch ich bin an weiteren freundschaftlichen Beziehungen interessiert.

GALINA KAPUSTINA

Übers. aus dem Russischen von Dr. Wolfgang Gohlke

Hilfe erwünscht

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft bittet die Leserinnen und Leser der »Barnimer Bürgerpost« um Mitwirkung bei der Lösung noch offener Fragen. Wer weiß bspw. etwas über die von Frau Kapustina erwähnte Verkäuferin Elsa? Oder über Kontakte in der Bibliothek des »Hauses der Offiziere«? Welche Erinnerungen haben Sie über das Zusammenleben mit den Angehörigen der sowjetischen Garnison in Finow und in Eberswalde? Fragen Sie auch Ihre Freunde und Bekannten.

WALDEMAR HICKEL

Stigmatisieren, Disziplinieren, Unterdrucksetzen

Gute Arbeit und guter Lohn statt Ein-Euro-Jobs und Armutslohn

Der ver.di-Bezirksvorstand Uckermark-Barnim hat sich am 16. Juli erneut mit den aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt in den Landkreisen Uckermark und Barnim befaßt. Die aktuelle Arbeitsmarktstatistik weist in den beiden Landkreisen eine Reduzierung der Arbeitslosenquote auf, die aber vorwiegend auf den verstärkten Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wie Ein-Euro-Jobs, Kommunalkombi sowie kurzfristigen Feststellungs- und unbezahlten Trainingsmaßnahmen beruhen. Die Situation der Langzeitarbeitslosen ist besorgniserregend, besonders in der Uckermark.

In Uckermark und Barnim müssen rund 8.500 Beschäftigte im ersten Arbeitsmarkt aufgrund ihrer Armutslöhne ergänzende Lohnersatzleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) in Anspruch nehmen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere in der Leih- und Zeitarbeitsbranche, sind in unserer Region weiterhin auf dem Vormarsch. Den beschlossenen Vertrag der Stadtverwaltung Eberswalde mit dem Job-Center Barnim müssen wir trotz vieler kritischer Hinweise im Vorfeld leider zur Kenntnis nehmen.

Dieser sieht die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Jobs) in einer Größenordnung von

1.250 Stellen in einem Zeitrahmen von 3 Jahren vor. Erhebliche Zweifel haben wir hinsichtlich der Einhaltung der Kriterien für Ein-Euro-Jobs wie die Zusätzlichkeit, das Öffentliche Interesse und die Wettbewerbsneutralität. Nach unserer Meinung verfolgt dieser Vertrag drei strategische Hauptziele:

1. Bereinigung der Eberswalder Arbeitsmarktstatistik hinsichtlich der Langzeitarbeitslosen. Da in der Regel der Einsatz in einem Ein-Euro-Job über 6 Monate läuft, werden also alle 2.500 Arbeitslosengeld II-Empfänger und -Empfängerinnen mit dieser arbeitsmarktpolitischen Wohltat »beglückt«.

2. Konsolidierung der Personal- und Haushaltskosten der Stadtverwaltung Eberswalde, insbesondere der städtischen »Projektgruppe Beschäftigungsförderung«, mit Hilfe von nicht unerheblichen Mitteln des Job-Center Barnims. Diese Gelder wären nach unserer Meinung in eine nachhaltige und paßgenauere Arbeitsmarktpolitik insbesondere für Langzeitarbeitslose besser angelegt.

3. Stigmatisierung, Disziplinierung und Unterdrückung von Langzeitarbeitslosen.

Ver.di wird die Umsetzung des Vertrages, u.a. im Beirat des Job-Centers Barnim, kritisch begleiten.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß sowohl Ein-Euro-Jobs als auch andere Instru-

mente der Arbeitsmarktpolitik, die im Nettoverdienst sich in der Regel auf Niedrig- und Armutslohnniveau bewegen, von Langzeitarbeitslosen aufgrund ihrer prekären und teils aussichtslosen Lebenssituation angenommen werden.

Deshalb fordert der ver.di-Bezirk Uckermark-Barnim in Zusammenarbeit mit der DGB-Region Ostbrandenburg nach konstruktiven Lösungen in der öffentlichen Beschäftigungsförderung zu suchen, die keine Arbeitsplätze in klein- und mittelständischen Unternehmen einschließlich in der öffentlichen Daseinsvorsorge gefährden und verdrängen. Dies gilt insbesondere für existenzsichernde Beschäftigung in den sozialen, kulturellen, sportlichen und ökologischen Bereichen.

Die regionalen Akteure der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik werden aufgefordert, die aktuelle Lage mit den Sozialpartnerinnen und -partnern einschließlich der Betroffeneninitiativen zu analysieren und diesbezüglich den bereits überfälligen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik einzuleiten. Denn der derzeit beschrittene Weg ist nicht geeignet, die Langzeitarbeitslosigkeit dauerhaft zu bekämpfen.

MARIANNE WENDT,
ver.di-Bezirksvorstand Uckermark-Barnim

Parkplätze im Leibzizviertel

Eberswalde (bbp). Die Parkplatzsituation im Leibnizviertel ist bekanntermaßen recht angespannt. Einige Wohnungseigentümer reagieren darauf auf ihre Weise. So sind im Jahr 2007 die bis dahin öffentlich zugänglichen Parkflächen an der Breiten Straße (gegenüber der Tankstelle) mit verschließbaren Zufahrten versehen worden. Die Stellplätze wurden den Mietern gegen Entgelt angeboten. Die Auslastung liegt dem Augenschein nach etwa bei 50 %.

In diesem Zusammenhang wurde die Einbahnstraßenregelung der Anliegerstraße vor dem Wohnblock an der Breiten Straße aufgehoben. Um den beidseitigen Verkehr zu ermöglichen, stellte man Halteverbotsschilder auf. Folge ist, daß zahlreiche bislang öffentlich zugängliche Stellplätze der öffentlichen Nutzung entzogen wurden und zum Teil ungenutzt bleiben. Zugleich verringerte sich das Parkplatangebot insgesamt durch die Halteverbotsschilder in der Anliegerstraße um ca. 15 Stellplätze. Die ohnehin angespannte Parkplatzsituation in diesem Bereich des Leibnizviertels hat sich dadurch deutlich verschärfert.

Anwohner wandten sich an den Stadtverordneten Gerd Markmann (Die Linke), der sich mit einer entsprechenden Anfrage bereits zur Februarsitzung des städtischen Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt an den zuständigen Dezernenten Dr. Gunther Prüger wandte.

Die Beantwortung der Frage beanspruchte am Ende fast ein halbes Jahr. Zunächst war auf der Ausschusssitzung am 5. Februar zu erfahren, daß die eMail mit der Anfrage nicht beim Empfänger angekommen sei. Daraufhin wurde der Fragetext dem Baudezernenten persönlich in die Hand gedrückt und fand auf diese Weise auch den Weg in die offizielle Sitzungsniederschrift. Dennoch ließ die Antwort auf sich warten. Ende April und Anfang Mai per eMail versandte Nachfragen kamen nach Auskunft des Dezernenten wiederum nicht bei ihm an. Erst als die Nachfragen im Mai per Fax übermittelt wurden, nahm sie der Dezernent zur Kenntnis. Trotzdem lagen die Antworten auch zur Ausschusssitzung am 3. Juni noch nicht vor. Auf mündliche Nachfrage versicherte Dr. Prüger, daß die Fragen bei ihm auf dem Tisch liegen und gleich in den nächsten Tagen beantwortet würden. Das »gleich« dauerte weitere drei Wochen, womit der Dezernent noch eine Nachfrage auf der StVV-Sitzung am 26. Juni provozierte. »Ich habe das Schreiben an Sie gestern unterzeichnet«, lautete nun die Antwort. Und tatsächlich lag zwei Tage später die auf den 25. datierte Antwort im Briefkasten des Stadtverordneten. Dabei waren die Fragen wenig spektakulär. Und die Antworten noch weniger:

Wer ist Eigentümer der Parkflächen? Sind Eigentümer und Verwalter identisch?

Die Straße vor den Blöcken Breite Straße 115 bis 118 sowie die Parkflächen befinden sich im Privateigentum. Die Stadt Eberswalde hat keine Kenntnis darüber, ob Eigentümer und Verwalter identisch sind.

Waren diese Flächen dem öffentliche Verkehr gewidmet?

Diese Flächen sind mit der Wende Anfang der 90er Jahre ausgegrenzt worden und seit diesem Zeitpunkt nicht mehr öffentlich.

Wer hat die Abgrenzung veranlaßt? Inwieweit wurde die Stadtverwaltung darüber informiert?

Die Ausgrenzungen sind damals in enger Abstimmung zwischen der Stadtverwaltung und den Wohnungsgesellschaften durchgeführt worden.

Wer hat die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung in der Anliegerstraße und die Aufstellung von Halteverbotsschildern veranlaßt?

Da es sich um Privatflächen handelt, ging dies vermutlich vom Eigentümer aus. Die Stadt ist nicht befugt, auf Privatflächen Beschilderungen anzuordnen.

Entspricht die künstliche Verringerung des Parkplatangebot bei gleichzeitiger Umwandlung verbleibender Stellflächen in kostenpflichtige Stellplätze dem Parkraumbewirtschaftungskonzept der Stadt?

Der Betrachtungsraum des neuen Parkraumbewirtschaftungskonzeptes der Stadt beinhaltet nicht das Leibnizviertel. Gegen ein kostenpflichtiges Parkplatangebot für die Anwohner seitens der Eigentümer ist aus Sicht des Bauamtes nichts einzuwenden.

Bündnis 90/Grüne:

Kandidatenkür

Am 1. Juli nominierten die Barnimer Bündnisgrünen auf einer Kreismitgliederversammlung ihre Kandidaten für die Kommunalwahlen im September.

Um einen Sitz im Kreistag für Bündnis 90/Die Grünen bewerben sich 36 Kandidaten, darunter erneut viele parteilose Bürgerinnen und Bürger. Auf den jeweils ersten Listenplätzen kandidieren in Eberswalde der bisherige Vorsitzende der Fraktion Grüne/Freie Wähler, Prof. Johannes Creutziger, sowie der Sprecher des grünen Kreisverbandes, Karl-Dietrich Laffin. Der Waldökologe Dr. Andreas Steiner tritt auf Listenplatz 2 im Wahlkreis Finow an.

In den Bernauer Wahlkreisen führen der Sozialarbeiter und Vorsitzende des grünen Regionalverbandes Niederbarnim, Stefan Stahlbaum, sowie der Jurist Klaus Labod aus Schönow die Listen an. Für Werneuchen/Ahrensfelde/Blumberg kam die pensionierte Ingenieurökonomin Anita Drömer auf Platz 1. In Wandlitz nimmt diesen Platz Jörg Striegler, Gartenbauingenieur und Mitglied im Wandlitzer Bauausschuß, ein. In Panketal möchte der Verkehrsplaner Heinz-Joachim Bona sein gutes Ergebnis der letzten Wahl wiederholen und wieder ein Kreistagsmandat erringen.

Im Wahlkreis 8 (Schorfheide/Biesenthal) heißt der Spitzenkandidat Heribert Rustige, Diplomingenieur für Umwelttechnik und Vorsitzender des Vereins Kultur im Bahnhof. Eine weibliche Doppelspitze gibt es im Wahlkreis 9 (Britz-Chorin/Joachimsthal/Oderberg). Sie wird gebildet von der engagierten Pädagogin Elke Rosch aus Lüdersdorf und der Biologin und Umweltschützerin Ute Krakau aus Britz.

In der Kreisstadt Eberswalde treten insgesamt 15 Kandidaten für Bündnis 90/Die Grünen an. Spitzenkandidaten sind hier die Ortsbürgermeisterin von Stadtmitte/Ostende Karen Oehler und der Regionalplaner und ehemalige Bürgermeisterkandidat Andreas Fennert. Auf den weiteren Listenplätzen folgen jeweils Nicky Nerbe, Stadtplaner und bisheriger Stadtverordneter der Bürgerfraktion Barnim und Dr. Andreas Steiner aus Finow. Karen Oehler bewirbt sich außerdem wieder um das Amt der Ortsvorsteherin.

Ein Bewerberfeld mit 5 Kandidaten tritt in der Stadt Biesenthal für die Bündnisgrünen an. Angeführt wird es von Heike Müller, Biologin und Vorsitzende der Lokalen Agenda 21 Biesenthal. Die weiteren Kandidaten sind Heribert Rustige, bisher einziger grüner Stadtverordneter, Lena Bonsiepen, Webmasterin der Biesenthaler Internetseite, Ulf Winkler, freiberuflicher Ingenieur und die Keramikerin Marianne Freyer. In Wandlitz kandidieren erneut die Ärztin und bisherige Gemeindevertreterin Dr. Marita Kalinowski und der engagierte Baumschützer Jörg Striegler.

KARL-DIETRICH LAFFIN,
Sprecher des Kreisverbandes

Linke will mit Sachverstand in den Kreistag

Die Mitglieder der Partei Die Linke haben am Sonnabend in Ladeburg ihre Kandidaten und Kandidatinnen für Wahlen zum Kreistag Barnim am 28. September gewählt. 43 Barnimerinnen und Barnimer werden für Die Linke antreten. Auch über die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen in den Orten, in den Die Linke keine Ortsverbände hat, wurde entschieden.

Auf den Wahlzetteln werden die Wähler neben bereits aus dem Kreistag bekannten Namen wie Berit Christoffers, Joachim Klein, Lutz Kupitz, Margitta Mächtig, Eva Schmidt, Professor Alfred Schultz, Klaus Springer, Manfred Tillmann auch neue finden. Dazu gehören Vertreter von Gewerkschaften wie der Vorsitzende des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim Carsten Zinn und der Vorsitzende des Personalrates der Stadt Bernau Uwe Rinka

genauso, wie selbständige Unternehmerinnen wie Silvia Pyrlík aus Bernau und Kordula Steinke aus Finowfurt. Der Schüler und stellv. Landesvorsitzende des Sozialistischen Jugendverbandes solid Sebastian Walter, Forstwissenschaftler Dr. Michael Luthardt, die Gesundheits- und Sozialexperten Angelika Mai und Bernd Grieger, sowie die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte Kerstin Mutz, Volker Passoke, Frank Bergner und André Stahl bewerben sich ebenfalls um ein Mandat.

Für die Gemeindevertretung Ahrensfelde und den Ortsbeirat Blumberg treten Gertraude Herzog, Helge Sattler, Madeleine Borchert und Johann Schönian an, für die Gemeindevertretung Chorin Udo Vonhoff, in Althüttendorf Horst Ehling, für die Stadtverordnetenversammlung Joachimsthal Erich Krüger und Bärbel Schipper sowie in Oderberg Rosemarie Brenger und Dietrich Völker.

LUTZ KUPITZ

Wahlprogramm für Eberswalde steht

Gegen 19.30 Uhr am 15. Juli war alles beschlossen und Versammlungsleitung und SV-Vorstand schickten die Mitglieder in den verdieneten »Feierabend«.

JÖRG SCHNEIDERREIT, Vorsitzender des Stadtverbandes Die Linke Eberswalde

Wahlprogramm für Eberswalde steht. Gegen 19.30 Uhr am 15. Juli war alles beschlossen und Versammlungsleitung und SV-Vorstand schickten die Mitglieder in den verdieneten »Feierabend«.

Jörg Schneiderreit, Vorsitzender des Stadtverbandes Die Linke Eberswalde

Das Wahlprogramm für Eberswalde ist nun fertig. Gegen 19.30 Uhr am 15. Juli war alles beschlossen und Versammlungsleitung und SV-Vorstand schickten die Mitglieder in den verdieneten »Feierabend«.

Jörg Schneiderreit, Vorsitzender des Stadtverbandes Die Linke Eberswalde

Das Wahlprogramm für Eberswalde ist nun fertig. Gegen 19.30 Uhr am 15. Juli war alles beschlossen und Versammlungsleitung und SV-Vorstand schickten die Mitglieder in den verdieneten »Feierabend«.

Jörg Schneiderreit, Vorsitzender des Stadtverbandes Die Linke Eberswalde

schlossen und Versammlungsleitung und SV-Vorstand schickten die Mitglieder in den verdieneten »Feierabend«.

JÖRG SCHNEIDERREIT, Vorsitzender des Stadtverbandes Die Linke Eberswalde

Nominierungen im Juli

Eberswalde (bbp). Die meisten Wahlträger haben inzwischen ihre Kandidaten für die Kommunalwahlen nominiert. Die Eberswalder Linke will dies am 25. Juli tun. Einen Tag später findet die Nominierungsversammlung der »Bürgerfraktion Barnim« statt. Unter dieser Bezeichnung haben sich 16 Wählergemeinschaften aus dem Landkreis zusammengeschlossen. Weitere Bürgerinitiativen seien willkommen, heißt es in einer von dem Bündnis verbreiteten Presseerklärung. Unter indirekter Bezugnahme auf BVB/50Plus wird hingewiesen, daß »eine Zusammenarbeit mit Wählergemeinschaften und Parteien, die eine rechtsorientierte Politik verfolgen, grundsätzlich abgelehnt« wird.

FDP mit jungem Spitzenkandidaten

Martin Hoeck kandidiert auch als Ortsvorsteher für das Brandenburgische Viertel

Eberswalde (hoeck). Die Mitglieder der FDP haben ihre Listen für die anstehende Kommunalwahl am 28. September vorgestellt. Unter den 54 Bewerbern für den Kreistag und den 21 Namen für die StVv Eberswalde sind viele neue und junge Kandidaten zu finden.

Der heute 80-jährige Kinderarzt Dr. Siegfried Adler wird aus Altersgründen nicht mehr im Wahlkreis 1 (Finow, Brandenburgisches Viertel, Clara-Zetkin-Siedlung und Spechtshausen) antreten. Als neuer Spitzenkandidaten und Adlers Nachfolger, wurde der 23 Jahre alte Martin Hoeck nominiert. Hoeck ist be-

kannt als Vorsitzender des Kinder- und Jugendparlamentes der Stadt Eberswalde.

Neben der Kandidatur zum Kreistag und Stadtverordnetenversammlung, wird sich Martin Hoeck um das Amt des Ortsvorstehers im Brandenburgischen Viertel bewerben, wo er seit 18 Jahren im lebt. Außerdem engagiert sich Hoeck ehrenamtlich als Vorsitzender des Sprecherrates und dem Förderverein der Grundschule Schwärzensee in seinem Stadtteil.

Vor allem mit dieser Nominierung setzen die Liberalen ein deutliches Zeichen für ein junges Team.

Neuausrichtung bei der SPD Eberswalde

Eberswalde (bbp). Der langjährige Vorsitzende des SPD Ortsvereins Eberswalde sowie der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde ist zum 1. Juli 2008 aus der SPD ausgetreten (BBP 7/2008). In einer Mitteilung des Ortsvereins heißt es, daß die Mitglieder des Ortsvereinsvorstandes dies »mit Bedauern« zur Kenntnis genommen haben. »Die SPD ist Peter Kikow für sein langjähriges Wirken für die gemeinsamen Ziele dankbar, wir

akzeptieren seine Entscheidung, nunmehr einen anderen Weg einzuschlagen«, so der Vorsitzende des SPD Ortsvereins Daniel Kurth.

»Dem Anspruch auf politische Mitgestaltung und sozialdemokratische Einflußnahme auf die Kommunalpolitik werden wir auch weiterhin gerecht werden«, so Kurth weiter, »letztendlich ist mit dieser Entscheidung auch die Möglichkeit für eine inhaltliche und personelle Neuausrichtung gegeben.«

Intrigante Hinterzimmerpolitik in Perfektion

Als ehemaliges Mitglied der regionalen SPD war ich nie Freund eines Peter Kikow. Er und seine Anhänger führten in der Partei ein autoritäres Regime gegen Andersdenkende und Erneuerer. Kikow war ein bedeutsamer Teil des korrupten und auf Kumpanei basierenden Systems Reinhard Schulz, wengleich er dies im Nachhinein relativiert. Beide haben in der Vergangenheit sich gegenseitig die Bälle zugespült und davon hervorragend profitiert. Deshalb ist seine neue Distanz zum ehemaligen Eberswalder Bürgermeister weder ehrlich noch gradlinig und gegenüber seinem alten Kumpeleson gar nicht fair. Kikows politische Verdienste für Eberswalde möchte ich nicht in Abrede stellen, doch seine Politik kann kaum als solidarisch, sozial handelnd und ausschließlich dem Bürger dienend bezeichnet werden, wengleich er dies so zu vermitteln versucht. Er hat zu einem beträchtlichen Teil seinen eigenen Nutzen daraus gezogen.

Nun ist es Kikow, der durch den Wechsel in der Führungsebene der SPD Eberswalde die ganze Härte der Unbarmherzigkeit zu spüren bekommt. Im Zuge dessen wurden aus den politischen Mitstreitern Peter Kikow und Bodo

Ihrke erbitterte Kontrahenten. Beide sind als Machtmenschen aus gleichem Holz geschnitzt. Ihrke wirft Kikow vor, daß sein Politikstil nicht mehr von der Partei getragen wird. Doch damit trifft er sich selbst am meisten. Denn Ihrke, der den offenen Disput eher scheut, beherrscht die intrigante Hinterzimmerpolitik nahezu in Perfektion. Als Strippenzieher verteilt er die langen Dolche, nicht zuletzt um in den beiden SPD-Ortsvereinen Eberswalde und Finow seine Steigbügelhalter zu installieren. Kikow hat Recht, wenn er nun einen Riß mitten durch die Eberswalder SPD erkennt. Zu einem beträchtlichen Teil ist es Ihrkes Verdienst, daß die Eberswalder SPD im Kommunalwahljahr vor der Selbstzerfleischung steht. Die politischen Mitbewerber reiben sich die Hände.

Doch auch Ihrkes Tätigkeit als Landrat sollte kritisch betrachtet werden. Als Landrat stand er für viele schwerwiegende politische Fehler nicht selbst gerade. Wenn es brenzlich wurde, ließ er seine Untergebenen über die Klinge springen. 18 Dienstjahre sind einfach genug. Er sollte er aus eigenem Willen gehen, solange man ihn noch in Würde gehen läßt.

Dr. ANDREAS STEINER

BVB/50 Plus mit 81 Kandidaten

Am 5. Juli fand in Bernau die Kreistagskandidatenwahl der Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/50 Plus für die Kommunalwahl am 28. September 2008 statt.

Die Kandidaten repräsentieren eine breite Palette von Ausbildungen, Tätigkeiten und Berufen. Der Landkreis Barnim ist im Land Brandenburg der Kreis mit den meisten Wahlkreisen, nämlich neun. Laut Wahlgesetzgebung dürfen je Wahlkreis maximal neun Kandidaten, also insgesamt 81 Kandidaten, aufgestellt werden. Diese Marke wurde erreicht. Im Vergleich hierzu bieten die etablierten Parteien bedeutend weniger Kandidaten auf (SPD unter 70, CDU und Die Linke unter 50).

Erstaunlich ist dabei die Personalschwäche bei den Linken. Möglicherweise ist deren Zenit des Daseins im Barnim überschritten.

Die starke Kandidatenzahl für BVB/50 Plus zeigt dagegen die breite Verankerung in der Bevölkerung. BVB/50 Plus hat darüber hinaus einen Rekord aufgestellt, denn noch nie zuvor

konnte eine politische Gruppierung derart viele Kreistagskandidaten benennen.

Spitzenkandidaten sind: Wahlkreis 1 – Manfred Ehlert (Dipl.-Mathematiker, 58 J.), Wahlkreis 2 – Dr. Günther Spangenberg (Dipl.-Forstingenieur, 72 J.), Wahlkreis 3 – Dr. Dirk Weißblau (Zahnarzt, 46 J.), Wahlkreis 4 – Peter Vida (Jurist, 24 J.), Wahlkreis 5 – Gerald Beyer (Kfz-Meister, 53 J.), Wahlkreis 6 – Thomas Stresse (Kfz-Sachverständiger, 60 J.), Wahlkreis 7 – Ronald Pflantz (Versicherungsmakler, 40 J.), Wahlkreis 8 – Johannes Madeja (Dipl.-Ingenieur, 72 J.), Wahlkreis 9 – Rainer Zimmermann (Unternehmer, 50 J.).

Die solidarisch in den Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/50 Plus verbundenen Bürgerrechtler und deren Initiativen werden ihren politischen Mitbewerbern bei der Kreistagswahl einen fairen, aber entschlossenen Wahlkampf liefern.

Dr. G. SPANGENBERG, BVB/50 Plus

Erinnerung an Peter Kikow

Tief getroffen hat mich die Nachricht, daß Peter Kikow aus der SPD ausgetreten ist. Wir verlieren einen führenden Kommunalpolitiker, der sich nach der Wende besonders aktiv für die Belange der Stadt Eberswalde im Namen der SPD eingesetzt hat.

Peter Kikow war seit 1990 für die SPD im Stadtparlament und SPD Ortsvereinsvorsitzender. Seit 1992 war er Vorsitzender der SPD Stadt-Fraktion. Bis zum 30.6.2008 war Peter Kikow im Vorstand des SPD Ortsvereins Eberswalde. Er ist Vorsitzender des Kleingartenbeirats und seit wenigen Wochen Vorsitzender des Seniorenbeirats. Er hat sich stets für seine Stadt und die Partei eingesetzt. Darüber hinaus war Peter Kikow Mitglied des Landtags Brandenburg.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum es bei der SPD Mitgliederversammlung am 21.5.08 keine Mehrheit dafür gab, Peter Kikow erneut als Kandidaten für die nächste Wahl zu nominieren. So einen Fußtritt hat niemand verdient. Ich schäme mich für die fehlende Weitsicht dieser Parteikollegen.

Große Hochachtung habe ich vor der geleisteten Arbeit von Peter Kikow in den vergangenen 18 Jahren und ich habe großen Respekt für den Mut und die Entschlossenheit, als parteiloser Einzelkämpfer erneut zur Kommunalwahl anzutreten. Ich wünsche Peter Kikow persönlich alles Gute und viel Erfolg bei der Wahl im September.

JÜRGEN KUMM,
amtierender Vorsitzender der
SPD Stadtraktion Eberswalde und
stellv. SPD Ortsvereinsvorsitzender

Die Linke in Schorfheide

Die Mitglieder der Partei Die LINKE aus der Gemeinde Schorfheide haben 17 Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlen zur Gemeindevertretung und 15 für die Ortsbeiräte in Altenhof, Böhmerheide, Eichhorst, Finowfurt und Groß Schönebeck nominiert.

Neben bereits erfahrenen Kommunalpolitikern wie Kordula Steinke, Brigitta Vogler und Manfred Tillmann gibt es auch viele neue Kandidatinnen und Kandidaten wie z.B. Hann-Dieter Hartwig und Henry Pepinski aus Eichhorst, Gundula Wulff und Willy Büttgen aus Böhmerheide, Bernhard Bolduan aus Lichterfelde, Arnold Schulze aus Altenhof sowie Marianne Selke und Hartmut Andresen aus Groß Schönebeck.

Damit konnte DIE LINKE in der Schorfheide im Vergleich zu den vergangenen Kommunalwahlen nicht nur die Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten erhöhen, sondern verfügt auch vom Unternehmer, über Lehrer, Polizisten, Vertreter der Volksolidarität bis hin zum ALG II Empfänger und zum Rentner über Kandidatinnen und Kandidaten aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen.

LUTZ KUPITZ

SPD zur Kommunalwahl

Eberswalde (bbp). Als erste Eberswalder Partei hatte bereits im Mai die SPD auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der beiden Ortsvereine Eberswalde und Finow ihre Kandidaten für die Kommunalwahlen am 28. September benannt. Für den Kreistag schicken die Eberswalder Sozialdemokraten 14 Bewerber ins Rennen. Wahlkreis 1 (Finow) wird dabei vom Landrat Bodo Ihrke angeführt, der schon erklärte, daß er ein eventuelles Mandat nicht annehmen werde, gefolgt von Uwe Ebert und Eckhard Grabbert. In Wahlkreis 2 (Eberswalde) führt der frühere Kreistagsfraktionschef Dr. Gert Adler die Liste an vor Martina Röseler und Jürgen Kumm.

Für die StVV Eberswalde stellen sich 23 Bewerber. Das 7köpfige Bewerberteam im Wahlkreis 1 (Finow) wird von Birka Gaebel angeführt. Arnolt Kuchenbecker und Eckhard Schubert folgen auf den Plätzen 2 und 3. In Eberswalde (Wahlkreis 2) schickt die SPD 16 Bewerber in den Wahlkampf. Der Ortsvereinsvorsitzende Daniel Kurth nimmt Platz 1 ein vor der ehemaligen Rathaussprecherin Angelika Röder und Hardy Lux. Der ursprünglich für Listenplatz 6 vorgeschlagene Peter Kikow setzte sich bei der Nominierung nicht durch.

Der Ortsvereinsvorsitzende von Eberswalde Daniel Kurth meint: »Die SPD in Eberswalde tritt mit einem guten Team zur Wahl an. Sowohl in der Parteiarbeit und in der Stadtverordnetenversammlung erfahrene Mitglieder als auch neue und junge Kandidatinnen und Kandidaten werden sich zur Wahl stellen.«

Bernauer Linke zur Wahl

Bernau (bbp). Am 5. Juli nominierte Die Linke Bernau ihre Kandidaten für die StVV-Wahl. Die Bundestagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Bernauer SVV Dagmar Enkelmann, zog eine Bilanz der erfolgreichen Arbeit der gegenwärtigen Fraktion. Sie dankte den Abgeordneten, die nicht wieder kandidieren werden. Dabei hob sie besonders die Verdienste von Dr. Ruth Sommerfeld, Otto Schwab und Dr. Wolfgang Heyn hervor.

Im weiteren Verlauf der Mitgliederversammlung stellten sich insgesamt 28 Bewerber für die beiden Wahlkreise zur neuen SVV Bernau und für die Ortsbeiräte Schönow und Ladeburg vor. Die Genossen wählten schließlich für den Wahlkreis I als Spitzenkandidatin Gudrun Gaethke, die Vorsitzende der gegenwärtigen Stadtverordnetenversammlung. Für den Wahlkreis II ist Dr. Dagmar Enkelmann, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, in der Bernauer SVV, als Spitzenkandidatin nominiert worden. Mit Ingolf Knappe bewirbt sich auch ein früherer Eberswalder um ein StVV-Mandat in Bernau.

In das Rennen um den Ortsbeirat Schönow kandidiert als Spitzenkandidat der Kreisvorsitzende der LINKEN und Kreistagsabgeordnete Lutz Kupitz. Er meldete auch seine Kandidatur als Ortsbürgermeister für Schönow an.

Landrat schaltet Kritiker in der Partei aus

Peter Kikow zu seinem Austritt aus der SPD

Hiermit gebe ich bekannt, daß trotz meiner langen Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der vielfältigen Funktionen, die ich in dieser Zeit und in dieser Partei ausgeübt habe, mit Wirkung vom 1. Juli 2008 meine Mitgliedschaft beendet ist.

Obwohl mir diese Entscheidung nicht leicht fällt, zwingen mich parteiinterne Entwicklungen zu diesem Schritt. Schon seit längerer Zeit ist unübersehbar, daß parteiintern nicht mehr so sehr die Arbeit und damit die Erfüllung der von den Wählern übertragenen Aufgaben im Vordergrund steht, sondern vielmehr das Bemühen einzelner, sich zum persönlichen Vorteil in der parteiinternen Struktur zu etablieren. Insbesondere erfährt das die Unterstützung von Frau Petra Bierwirth und vor allem von Landrat Bodo Ihrke. Besonders Landrat Bodo Ihrke ist offensichtlich sowohl vor der Kommunalwahl in diesem Herbst als auch vor der kommenden Landratswahl darum bemüht, Kritik an seiner Person nicht aufkommen zu lassen und Kritiker auszuschalten.

Dafür bedient er sich, wie immer, anderer. In diesem Fall sind es zumeist in seinem Einflußbereich stehende Parteigenossen, wie die Herren Clemens Pfütz, Daniel Kurth, Hardy Lux und Lorenz Engel, die sich nicht zu schade sind, die Arbeit, die meine Freunde und ich in all den Jahren zum Wohle der Kreisstadt Eberswalde und der Region geleistet haben, herabzuwürdigen. Mit einer kaum zu überbietenden Intriganz sollte von »Parteifreunden« von Landrat Bodo Ihrke verhindert werden, daß weiterhin eine kritische Auseinandersetzung zu bedeutsamen Problemen stattfindet. Deshalb wurde auch meine Kandidatur zur Kommunalwahl mit allen Mitteln und Methoden verhin-

dert. Das ist bei vielen, die um die Hintergründe wissen, auf große Empörung gestoßen.

Ich meine, daß ich in den zurückliegenden 19 Jahren meiner Mitgliedschaft in der SPD viel für diese Partei getan habe. Obwohl wir anfangs nicht viele waren, hat sich mit unserer Arbeit soziales Gedankengut im besten Sinne zum Wohle meiner Heimatstadt, der Kreisstadt Eberswalde, und der ganzen Region durchgesetzt. Die vergangenen 18 Jahre habe ich ununterbrochen der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde angehört und war seit 1992 Vorsitzender der SPD-Fraktion und des Ortsvereins. Darüber hinaus habe ich von den Wählerinnen und Wählern der SPD das Mandat als Abgeordneter im brandenburgischen Landtag von 1995 bis 1999 erhalten.

Seit 1990 bin ich Vorsitzender des Kleingartenbeirates für Eberswalde und Umgebung und darüber hinaus vor einigen Wochen einstimmig zum Vorsitzenden des Seniorenbeirates gewählt worden. Die Eberswalder Mitbürgerinnen und Mitbürger haben Vertrauen in meine Person gesetzt, habe ich mich doch in der Vergangenheit gerade für ältere Bürgerinnen und Bürger sehr intensiv eingesetzt und werde dies auch weiterhin tun.

Die spontane und weitreichende Unterstützung meiner Person hat mich bewogen, meine politischen Ziele, die sich u. a. vor allem aus sozialer und solidarischer Verantwortung herleiten, parteiunabhängig weiter zu verfolgen. Aus diesem Grunde werde ich auch als Parteiunabhängiger für einen Sitz in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung kandidieren. Viele haben mir dafür ihre Unterstützung bereits zugesagt.

PETER KIKOW

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde:

Für unmittelbare Bürgerinteressen

Eberswalde (bündnis). Mehr Demokratie für Eberswalde bleibt auch nach dem im Jahr 2006 erfolgten Bürgermeisterwechsel eine wichtige Zielstellung, für die sich das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde weiterhin einsetzen will. Dafür tritt das Bündnis nun auch bei der Kommunalwahl am 28. September an. Das Wahlprogramm des Bündnisses knüpft an das Bürgermeisterwahlprogramm des Bündnis Kandidaten Hartwin Schulz an. Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz sind Kernpunkte des Programms.

Am 16. Juni und am 14. Juli bestimmte das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde seine Kandidaten für den Kreistag und die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde sowie für den Ortsvorsteher in Finow. Acht Kandidaten wurden für die Wahl zur StVV aufgestellt. Unter den Kandidaten sind kommunalpolitisch Erfahrene wie Albrecht Triller, Rolf Richter und

Otto Baaz, aber auch »Neulinge«, wie Günter Schumacher, Dr. Elvira Kirschstein, Dr. Siegbert Kusserow und andere. Für die Kreistagswahl stellt das Bündnis 5 Kandidaten in den beiden Eberswalder Wahlkreisen. Hier sind Günter Schumacher und Albrecht Triller die jeweiligen Spitzenkandidaten. In Finow strebt Albrecht Triller auch seine Wiederwahl als Ortsbürgermeister auf der Liste des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde an.

Die Kandidaten des Bündnisses wollen nicht nur ein demokratisches Eberswalde. Sie stehen mit ihrer Kompetenz vor allem auch für mehr soziale Gerechtigkeit, für eine andere Bildungspolitik, für eine ausgewogene Stadtentwicklung in allen Ortsteilen und für eine gesunde Umwelt ohne Sondermüllverbrennung und ohne Regionalflughafen. Sie werden sich mit Nachdruck für die unmittelbaren Bürgerinteressen einsetzen.

JUSOS in der SPD:

Umdenken in der Atomenergiefrage gefordert!

In dem französischen Atomkraftwerk Tricastin nahe Avignon kam es Anfang Juli beim Reinigen eines Tankes zu einem schrecklichen Vorfall. Der Betreiber gab bekannt, daß dreißig Kubikmeter (30.000 Liter) nuklear verseuchte Flüssigkeit ausgetreten sei. Nach Angaben der französischen Atomaufsichtsbehörde wurde im Fluß Gaffière die normale Urankonzentration um mehr als das tausendfache übertroffen. Außerdem sind Flüssigkeiten in die Rhöne und den Auzon gelangt. Wie die französische Anti-Atomkraftbewegung »Sortir du Nucléar« errechnete, sind etwa 360 kg Uran ausgetreten.

Die Haltung der CDU zur Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke ist völlig unakzeptabel. Bundeskanzlerin Angela Merkel sollte spätestens jetzt erkennen, daß die Atomenergie sehr gefährlich ist und alle Bemühungen zur Laufzeitverlängerung einstellen. Das Risiko eines Nuklearvorfalles ist viel zu hoch. Ebenso fordern wir den französischen Staatspräsidenten Sarkozy auf, ebenfalls sofort seine

internationale Verkaufstour von Atomkraftwerken einzustellen. In Frankreich ist nun das Leben von Tausenden Menschen bedroht, die Behörden haben bereits verboten Trinkwasser oder Fische zu sich zunehmen. Ebenso fordern wir die Bundesregierung auf, verstärkt das Thema der Energieversorgung im 21. Jahrhundert zu klären. Bisher versucht die Bundeskanzlerin diese Frage auf die nächste Legislaturperiode hinauszuschieben. Es ist für uns völlig unakzeptabel, daß sie somit persönlich mit Hilfe der Atomlobby das Leben von Millionen Menschen in Europa gefährdet. Es kann nur eine Alternative geben: Mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung von Alternativen Energieversorgungsmöglichkeiten!

MARTIN EHLERS, JUSOS Barnim
TILMANN BOCK, JUSOS Märkisch-Oderland

Ende Juli werden die beiden Unterbezirksvorsitzenden die Region besuchen und sich unter anderem ein Bild von der Lage vor Ort machen und mit französischen Jungsozialisten über die Atomenergiefrage reden. www.jusos-barnim.de, www.jusos-mol.de

Erdverkabelung prüfen

Ralf Christoffers, der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag hat sich am Mittwoch mit dem Sprecher der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – Keine Freileitung durchs Reservat« Thomas Pfeiffer getroffen und über das Anliegen der Bürgerinitiative informieren lassen. Die Bürgerinitiative will erreichen, daß eine neue 380-Kilovolt-Leitung von Bertikow in der Uckermark nach Neuenhagen bei Berlin nicht wie von Vattenfall geplant als Freileitung durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin geführt wird. Vielmehr soll die Stromtrasse unter die Erde verlegt werden. Im Ergebnis des Gesprächs sicherten Ralf Christoffers und seine Fraktionskollegin Margitta Mächtig der Bürgerinitiative Unterstützung zu.

Ralf Christoffers sagt dazu: »Wir werden uns für eine ernsthafte Prüfung der Erdverkabelung und die Aufnahme der Trasse als weiteres Pilotprojekt in das Leitungsausbaugesetz einsetzen. Es kann nicht sein, daß dieses Gesetz Erdverkabelung nur für Trassen in den alten Bundesländern vor-

sieht. Auch die Prüfung einer völlig neuen Trassenvariante werden wir gegebenenfalls unterstützen.«

Margitta Mächtig unterstreicht: »Eine Freileitung durch die Biosphäre kommt für mich nicht in Frage. Dabei bleibe ich. Damit würden die Bemühungen einer ganzen Region, das zarte Pflänzchen Tourismus wachsen zu lassen, ad absurdum geführt. Hier muß es eine andere Lösung geben.«

LUTZ KUPITZ



»Rock me Amadeu III«

Am 6. September ist es wieder soweit. Wie 2007 wollen Eberswalder Jugendliche sich öffentlich für Vielfalt und gegen Rechtstextremismus und Gewalt aussprechen und die Innenstadt von Eberswalde rocken. Auf einem Vorbereitungstreffen Anfang Juli wurde außerdem über den Fonds »Kein Ort für Nazis« informiert, der Projektmittel für Jugendliche bereitstellt, die sich im Vorfeld der Kommunalwahl mit NPD und DVU auseinandersetzen.

KAI JAHNS, Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit

»Mensch oder Kröte?«

Der Stadtvorstand der Partei Die Linke Bernau lädt zur nächsten politischen Informations- und Diskussionsveranstaltung in der Reihe Draufsichten, Ansichten, Einsichten für den Montag, 28. Juli, um 19 Uhr in den Treff 23 im Kulturhof Bernau, Breitscheidstraße 43a alle Interessenten herzlich ein. Das Thema lautet: Mensch oder Kröte? Ist Umweltschutz Luxus?

Gast wird Christian Rehmer, Arbeitsgemeinschaft Umwelt des Landes Brandenburg und des Kreises Barnim der Partei Die Linke sein.

Dr. HEINZ SCHÄFER

Radstraße statt Autobahn

Zum Ende der Legislaturperiode hat die Stadtverordnetenversammlung noch einmal wichtige Entscheidungen getroffen. Dazu zählt die Entscheidung zur Telekomstraße. Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde beschlossen, die Telekomstraße in den Verkehrsentwicklungsplan der Stadt aufzunehmen.

Während laut Entwurf des von der Stadt bestellten Ingenieurbüros von Finow nach Biesenthal eine 3,50 m breite »Radstraße« mit reduzierter Geschwindigkeit und Tonnage entstehen sollte, entschied sich die StVV nun mehrheitlich für eine 6,50 m breite Straße mit den Eigenschaften einer Fernverkehrsstraße.

Die StVV entschied sich damit gegen den externen Sachverstand und für eine schwerlastverkehrsgerechte Straße durch die Ortslage Finow mit einem Drittel Kostenbeteiligung durch die Stadt, obwohl diese Straße mangels Bedarf von der zuständigen Landesbehörde entwidmet werden soll. Dies dürfte eine Fehlentscheidung zum Nachteil der Stadt und besonders zum Nachteil des Ortsteils Finow sein, die mit Sicherheit Widerspruch hervorrufen und am Ende gerichtlich zu klären sein wird.

Berechtigte Zweifel an der Kompetenz der Abgeordneten dokumentieren auch die massenweisen Proteste von Bürgerinitiativen gegen weitere Punkte des Verkehrsentwicklungsplanes.

A. TRILLER, Ortsbürgermeister Finow

Nicht finanzierbar

Eberswalde (bbp). Dank einem Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der StVV Eberswalde ist die Forderung nach einem Ausbau der derzeitigen Landesstraße L293, der sogenannten »Telekomstraße«, zwischen Finow und Biesenthal Bestandteil des am 26. Juni beschlossenen Verkehrsentwicklungsplanes der Stadt Eberswalde geworden. Vier Stadtverordnete (Fennert, Oehler, Zimmermann, Markmann) hatten dieses Ansinnen abgelehnt, sieben weitere enthielten sich der Stimme. Bürgermeister Friedhelm Boginski hatte zuvor geäußert, daß der Ausbau dieser Straße seitens der Verwaltung aktuell nicht als prioritär angesehen werde. Boginskis Amtsvorgänger hatte den Ausbau der »Telekomstraße« noch zu seinem Wahlkampfthema gemacht.

Die aktuelle Zurückhaltung der Stadtverwaltung hat indes handfeste Gründe. Auf der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 3. Juni hatte die Verwaltung darüber informiert, daß beim Ausbau der L293, die mitten durch das FFH-Gebiet zwischen Schwärzese und Samithsee führt, mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 722.000 Euro für den Amphibien- und Otterschutz zuzüglich weiterer Ausgleichskosten zu rechnen ist. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß diese Kosten nicht förderfähig seien, also aus dem Stadthaushalt bezahlt werden müßten.

Erinnerungen an eine dramatische Zeit (Teil V)

Mein Jahr Achtundsechzig

»Prager Frühling« – vierzig Jahre später

**Glaubst du denn: von Mund zu Ohr / Sei ein redlicher Gewinnst?
Überlieferung, o du Tor, / Ist auch wohl ein Hirngespinnst!
Nun geht erst das Urteil an; / Dich vermag aus Glaubensketten
Der Verstand allein zu retten, / Dem du schon Verzicht getan.**

GOETHE, *Westöstlicher Divan*

Goethes Forderung, wenigstens in der zeitlichen Distanz den kritischen Verstand urteilen zu lassen statt der Emotionen, entsprang seiner reichen politischen Erfahrung und dem Umgang mit führenden Historikern seiner Zeit. Aber sie ist im konkreten Fall schwer erfüllbar.

Wie soll man analysieren, wenn wichtige Kenntnisse weiter in Geheimtresoren von Moskau, Washington und Bonn begraben sind, wenn Hauptbeteiligte schweigen, weil ihnen, wie dem Slowaken Bilak, Verfolgung droht, wenn sich die Akteure des Konfliktes in wichtigen Details widersprechen? Auch nach vierzig Jahren habe ich zum damaligen Drama mehr Fragen als Antworten. Aber wenigstens sie sollen formuliert werden. Welche Rolle spielten die Reformer? Gab es die Konterrevolution oder wenigstens ihre reale Gefahr? War die militärische Intervention vermeidbar? Welche Motive, welche Erkenntnisse hatten die Interventionsmächte?

Gab es 1968 die Gefahr eines Systemwechsels in der CSSR? Stefan Bollinger meint, Forderungen nach Beseitigung des Sozialismus waren nicht die »bestimmende Tendenz«, aber »eine reale Gefahr. Darüber waren sich die Reformer im Prinzip klar, ohne daß sie im Inneren effektiv politisch handelten und nach außen hin das glaubhaft machen konnten« (1). Auch Helga Grebing geht von solcher Gefahr aus: »Die tschechoslowakischen Reformkommunisten von 1968 hatten sehr wohl ein Gespür dafür, was sie zu viel hatten: falsche Freunde (nämlich die richtigen Konterrevolutionäre)...« (2). Daß den Reformern dies »klar« war, daß sie dafür »ein Gespür« hatten, darf man allerdings bezweifeln. Sie haben diese damals und später vehement bestritten. Die Befürchtung der Erosion des »Lagers« und des »Überschwappens« einer ungesteuerten und unsteuerbaren Bewegung – das und nichts anderes war das Motiv für die Intervention, wie Rösler an einem Vergleich politischer »Alleingänge« Kubas, Ungarns, Rumäniens und der DDR zeigte: »Fragt man nun, warum Breshnew die Eigenmächtigkeiten Çeauscescus ertrug, im Falle Dubceks aber zur Intervention griff und sich im Falle Ulbrichts einmischte, so nähern wir uns dem eigentlichen Kriterium...: die Gefahr des Ausscheidens aus dem 'sozialistischen Lager' als gewolltes oder ungewolltes Resultat ihrer Politik.« (3) Daß Massenbewegungen und Massenpsychosen unsteuerbar werden können, dafür gibt es zahlreiche Belege auch aus den Jahren der letzten Systemwende. Überhaupt überflügeln während einer Revolution (oder Gegenrevolution) anfangs kleine, radikale Minderheiten häufig die

gemäßigten Initiatoren einer Bewegung, die dann zu ursprünglich nicht erwarteten Ergebnissen führen kann. Das zeigte sich auch in Prag.

Das Eingreifen des Militärs hat den Zusammenbruch des Realsozialismus in der Tschechoslowakei – vielleicht auch anderswo – um zwanzig Jahre verzögert, aber es hat die Ursachen für dessen Scheitern nicht beseitigen können. Wie das Prager Experiment ohne die Intervention letztlich geendet hätte, nämlich mit der Rückkehr zum kapitalistischen System, zeigen die Entwicklungen von 1989/92 in der CSSR und der UdSSR. Wer also diesen Zusammenbruch damals wollte, wird die sowjetische Intervention natürlich verurteilen. Wer, wie es Gysi und Bisky einmal für die DDR formulierten, meint, mit dem Ende des Realsozialismus »sei Sozialismus ... erst möglich geworden« (4), der muß die Intervention als Hindernis auf dem Weg zum Sozialismus sehen. Wer allerdings der damaligen Realität nicht alle sozialistischen Züge und Entwicklungschancen abspricht und die sozialen Kosten der Rückkehr zum Kapitalismus in Rechnung stellt, die Millionen Menschen in und außerhalb Europas seitdem belasten, der wird es mit seiner Meinung schwerer haben. Das ist, denke ich, der eigentliche Punkt für ein historisches Urteil, nicht der Verstoß gegen Moral oder Völkerrecht. Die sind von beiden Seiten im Kampf der Systeme – vor Prag und danach – oft verletzt worden. Die von den »westlichen Demokratien« inspirierten Putsche und Interventionen waren nicht »moralischer« als die Aktionen des Ostens. Die Frage ist, für welches Ziel Macht und Gewalt eingesetzt werden, und ob diese Mittel dafür überhaupt geeignet sind.

Welche Ziele und Motive hatten die Akteure von damals, welche Lehren haben sie gezogen? Einige haben inzwischen Erinnerungen und andere Schriften veröffentlicht, so Ex-Fernsehchef und Rechtsaußen Jiri Pelikan 1976, Zdenek Mlynar 1978, Vasil Bilak 1983 (deutsch 2006), Ota Šik 1988, E. Goldstücker 1989, schließlich Dubcek 1993. In der Wortwahl der Memoiren klingt die Härte der Auseinandersetzung an (Dubcek: Gangster, Verräter, Extremisten, sowjetische fünfte Kolonne; Mlynar: stalinistischer Mob; Bilak und Husák fast sachlich: Rechtsopportunisten, Konterrevolutionäre). Von einer westlichen fünften Kolonne (die es natürlich gab) erfährt man allerdings bei Dubcek und Mlynar nichts. Bei ihnen hat es die Härte des kalten Krieges, die Existenz einer feindlichen westlichen Allianz gar

nicht gegeben. Das allein ist bereits eine Teilnahme. Allerdings ist bei Dubceks Buch Vorsicht geboten. Der Text wurde weitgehend vom Herausgeber Jiri Hochman formuliert und vom New Yorker Verlag auf ein internationales (d.h. westliches) Publikum »ausgerichtet«. Als Lebensbeschreibung interessant, als politischer Rückblick enttäuschend – Dubceks Erinnerungen enthalten Widersprüche, unterschlagen wichtige, aber »unangenehme« Details, die man bei Mlynar oder Bilak erfährt (wie die deutliche Warnung Kadars in Bratislava), servieren wirre Verschwörungsphantasien (bei der Eishockey-Weltmeisterschaft von 1969 etwa: ob die sowjetische Mannschaft gegen die CSSR absichtlich verloren habe und ob die Staatssicherheit die Pflastersteine bereitstellte, mit denen damals Nationalisten das Prager Aeroflot-Büro verwüsteten). Und entsetzt liest man, »...der Begriff [Realsozialismus] stammte aus Ulbrichts DDR, darum klang er auch so ähnlich wie 'Endlösung'.« (5; S. 373).

Was seine Ziele angeht, deutet er an, er »konnte damals nicht weitergehen, die Zulassung der Sozialdemokraten (deren Vorsitzender Dubcek nach 1989 wurde) mußte 'diskret und ohne Aufsehen' vorbereitet werden.« Gorbatschows Perestrojka habe »Ähnlichkeit« mit seiner Politik gehabt, sie war »eine verwässerte Version unseres Aktionsprogramms.« 1989 war das Ziel erreicht, »der Freiheit ... zum endgültigen Sieg zu verhelfen.« (Herausgeber Hochman erläutert: »Religionsfreiheit, Pressefreiheit und Unternehmensfreiheit«). Das Buch besagt, die Ankunft im Kapitalismus, war kein Betriebsunfall, sondern akzeptierte Lösung.

Selbstkritik, neue Erkenntnisse sucht man bei Dubcek vergebens: »Selbst heute ... weiß ich nicht, was ich anders hätte machen können oder sollen.« Im Widerspruch dazu räumt er aber ein: »Zu keinem Zeitpunkt zwischen Januar und dem 20. August habe ich diese Möglichkeit [die Invasion der Russen] auch nur in Erwägung gezogen...« (5; 191). Zum 21. August notiert er den katastrophalen Satz, der den »Staatsmann« Dubcek vollends demontiert: »Meine Einschätzung der sowjetischen Absichten hatte sich als falsch erwiesen. Ich überlegte angestrengt, warum ich sie so falsch verstanden hatte« (5; 261).

Darin trifft er sich mit anderen Reformpolitikern, nur wurde Mlynar schon 1968 weit deutlicher: »Wir haben das nicht gut verstanden, in diesem Sinne waren wir wahrscheinlich schlechte Politiker«, und Reinerová sprach wenigstens auch vom Westen: »Was wir wohl nicht bis in alle Konsequenzen erwogen haben, war die Tatsache, wie überraschend oder gar erschreckend die Entwicklung bei uns außerhalb der Grenzen unseres Landes wirken konnte. Man verstehe richtig: Gemeint sind die Befürchtungen unserer Verbündeten und die Hoffnungen unserer Gegner.« (6)

In den Äußerungen der »Reformgegner« findet sich eine (erstaunlich späte) soziologische Erkenntnis, die sicher auch bei einem zukünftigen sozialistischen Anlauf von Bedeutung ist. Husák bemerkte 1968: »In Bewegung gerieten auch antisozialistische Kräfte, jene, deren Klassen-

wurzeln seit dem Februar 1948 nicht verschwanden...« (unter 6). Ausführlicher Bilak in seinen Erinnerungen: »Heute wissen wir, daß es eine Illusion war zu glauben, ein paar Jahre würden genügen, um die soziale Struktur unserer Bevölkerung und damit das kollektive Bewußtsein zu verändern. Wir übersahen, daß die Übernahme der Macht und die Veränderung der sozialen Struktur nicht ausreichen. Unterschiedliche politische Interessen und ideologische Anschauungen wirken länger als angenommen« (7). Konkret: »Zu diesem Zeitpunkt [nach 1965, R.R.] lebten in der Tschechoslowakei etwa 300.000 Familienangehörige der ehemaligen Bourgeoisie und mehr als zweieinhalb Millionen Familienangehörige der einstigen Kleinbourgeoisie. Ihre Eingliederung in den sozialistischen Sektor der Produktion hatte jedoch nicht eine 'automatische' Veränderung ihrer Lebensweise... hervorgebracht.« (8, S. 90 f.).

Breshnew warnte nach Mlynar vor Illusionen und Überheblichkeit, die (nicht nur) bei den Prager Reformpolitikern spürbar war. Er sagte dem damaligen Prager Parteisekretär Simon, einem Exponenten der Reformen: »Ihr habt gedacht, daß man als Besitzer der Macht tun kann, was man will. Aber das ist ein grundlegender Irrtum. Auch ich kann nicht machen, was ich will ... Wenn ich damals im Politbüro nicht für das militärische Eingreifen gestimmt hätte – was wäre geschehen? Du würdest jetzt ganz gewiß hier nicht sitzen. Und vielleicht würde auch ich nicht hier sitzen.« (9).

Zukünftige Sozialisten werden Bescheidenheit lernen müssen, Geduld. Soziologie. Individual- und Massenpsychologie (die ihre Gegner weit besser beherrschen). Und über den Prager Frühling wird noch öfter zu reden sein.

ROLF RICHTER

Anmerkungen

- (1) Stefan BOLLINGER, »Prager Frühling« - unverstandene Chance und zerstörte Hoffnung. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 40 (3), 31 ff., 1998.
- (2) Helga GREBING, *Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum »Prager Frühling«*. München 1977.
- (3) Jörg Rösler, *Der Handlungsspielraum der DDR-Führung gegenüber der UdSSR*. In: Zeitschr. für Geschichtswiss. 41, 293 ff., 1993.
- (4) Lothar BISKY u.a., *Borniertheit erneut als politische Kategorie*. In: Neues Deutschland, 23. 3. 1994.
- (5) Alexander DUBCEK, *Leben für die Freiheit* (Hrsg. J. Hochman) München 1993.
- (6) Lenka REINEROVÁ, *Das war ein Jahr!* In: Im Herzen Europas (Prag), 1968/12, 17.
- (7) Vasil BILAK, *Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der »Prager Frühling« aus der Sicht eines Beteiligten*. Berlin 2006.
- (8) Bruno HRIBEK, Josef MEJSNAR, Miroslav CHUCHMÁK, *Tschechoslowakei 1968: Prager Frühling?* Düsseldorf 1988.
- (9) Zdenek MLYNAR, *Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus*. Köln/ Frankfurt/M. 1978.

Schulprojekt zur Kranbau-Geschichte

Im September wollen drei ehemalige KZ-Häftlinge den Kranbau besuchen

Eberswalde (bbp). Der Kranbau Eberswalde firmiert seit 1. Juli offiziell unter dem alten Namen Ardel. Die Ardel-Werke waren 1945 wegen ihrer engen Verstrickungen in die Rüstungsproduktion der Faschisten in Folge der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens aufgelöst und vollständig demontiert worden. Die heutigen Eigentümer des 1948 auf dem ehemaligen Ardel-Betriebsgelände gegründeten Kran-



Kurz vor dem Abriß der meisten Baracken des ehemaligen KZ-Außenlagers Eisenspalterei besuchten Janina Wyrzyhowska (links) und Mariana Bogusz (Bildmitte) ihre Leidensstätten. Von September 1944 bis April 1945 mußten sie für den Profit der Ardel-Brüder im benachbarten Rüstungsbetrieb schuften.

bau-Betriebes wollten mit der Umbenennung nach eigenen Aussagen an die zweifellos vorhandenen ingenieurtechnischen Leistungen der Ardel-Ära anknüpfen. Von den engen Verknüpfungen der Ardelts in die faschistische Rüstungswirtschaft und der massenhaften Nutzung von Zwangsarbeitern, einschließlich KZ-Häftlingen, zeigten sich die Vorstandsmitglieder überrascht. Nun wollen sie zumindest die Forschungsarbeit zur Aufklärung der Verbrechen während der Nazizeit unterstützen.

Am 17. Juli traf sich Ludwig Koehne, Vorstand der Kirow Ardel Kranbau AG, auf Initiative der Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig (Die Linke) mit Vertretern aus Eberswalder Schulen, darunter dem Humboldt-Gymnasium, dem Gymnasium Finow und der Oberbarnimschule, um über eine künftige Zusammenarbeit zu sprechen. Geplant ist eine Wanderausstellung mit etwa zehn Schautafeln, die im Rahmen von Facharbeiten und Arbeitsgemeinschaften von den Schülerinnen und Schülern erarbeitet werden soll. Bindeglied der Schautafeln soll die LOGO-Historie als festes Erscheinungsbild bilden.

Das Projekt läuft zunächst über einen Zeitraum von zwölf Monaten. Weiterführende Arbeiten über diesen Zeitraum hinaus sind möglich und ausdrücklich erwünscht.

Seitens der Kranunion ist die Teilnahme einer freien Historikerin als Projektkoordinatorin organisiert worden. Die Landtagsabgeordnete wird Kontakte zum Geschichtswissenschaftlichen Institut und zum EXIL e.V., die sich seit Jahren mit der Geschichte der Zwangsarbeit im Finowtal beschäftigen, herstellen. Für Ende September ist die nächste Beratung in der Eberswalder Betriebsstätte der Kranbauunion AG geplant.

Unabhängig davon plant das Geschichtswissenschaftliche Institut im September den Besuch von drei ehemaligen KZ-Häftlingen des Ravensbrücker Außenlagers Eisenspalterei, darunter Janina Wyrzyhowska und Mariana Bogusz, die bereits mehrmals in Eberswalde zu Besuch waren. Sie äußerten sich erstaunt und verständnislos, als sie von der Wiederbelebung des Ardel-Namens hörten. Bei ihrem Besuch im September wollen sie daher auch der Kranbau-Geschäftsführung einen Besuch abstatten.

Vor 60 Jahren:

Gründung des Kranbaus Eberswalde

- 13.02.1948** – Beratung der SED Kreisleitung im Karl-Marx-Haus (spätere Landratsamt) mit Offizieren der Bezirkskommandantur Eberswalde über den Aufbau des Betriebes Kranbau Eberswalde.
 - 20.03.1948** – Gründung des VEB ABUS Kranbau Eberswalde. (Auf mündliche Anordnung der SMAD Karlshorst ist das ehemalige Ardelwerk wieder aufzubauen, in einem lt. Protokoll festgelegten Umfang. Es sollen zunächst Lauf- und Schwimmkrane für Hennigsdorf hergestellt werden.)
 - April 1948** – Aufräumungsarbeiten im VEB ABUS Kranbau Eberswalde.
 - Mai 1948** – Im VEB ABUS Kranbau Eberswalde bildet sich eine Betriebsgruppe der SED.
 - Juli 1948** – Im VEB ABUS Kranbau Eberswalde wird eine Grundorganisation der FDJ gebildet.
 - März 1949** – Vom VEB ABUS Kranbau Eberswalde werden auf der Leipziger Frühjahrsmesse Modelle von zwei Kranen mit 75 Tonnen und mit 10 Tonnen Tragfähigkeit ausgestellt.
 - 09.04.1949** – Richtfest für die erste große Werkhalle von 9.000 qm nach einjähriger Bauzeit im VEB ABUS Kranbau Eberswalde.
- aus: »Vom schweren Anfang – für die sozialistische Gegenwart und Zukunft«, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Eberswalde der SED, Eberswalde, 1979

Seit drei Wochen bin ich wieder zurück in Deutschland. Wie sich das anfühlt? Komisch!

Alles scheint so vertraut und ist mir doch fremd. Wenn ich mich an meine Zeit in Schweden erinnere, denke ich, es war alles nur ein Traum, als wäre es schon Jahre her. Hier fühle ich mich noch nicht richtig angekommen und in Schweden würde ich nun auch nicht mehr zu Hause sein.

Hier in Eberswalde hat sich so einiges verändert und natürlich habe ich mich verändert.

Seit meiner Ankunft bin ich so viel beschäftigt, daß ich kaum zum Nachdenken komme. Das finde ich gar nicht so schlecht, weil mir so nicht richtig bewußt wird, wie sehr ich doch Schweden, alle meine Freunde dort und meine schwedische Familie vermisse. Auf der anderen Seite bin ich aber auch ganz begeistert, endlich wieder deutsches Essen zu bekommen. Ich überlege ständig, was ich noch alles probieren muß und was es doch für leckere Rezepte gibt.

Und natürlich bin ich auch sehr glücklich darüber wieder bei meinen Eltern und meinen Freunden hier zu sein. Mit meinem Chor zu musizieren, habe ich wirklich sehr vermißt. Umso schöner war es dann, mit meinen Mädels und unserem einen Jungen am 4. Juli das Abschiedskonzert unseres Jugendchores Westend zu singen.

Aber der Reihe nach. Vom 20. bis 23. Juni war ich bei meiner schwedischen Freundin Ella auf Gotland (der größten schwedischen Insel), um mit ihr und ihrer Familie »Midsommar« zu feiern. Wir hatten supertolles Wetter und Ellas Familie begrüßte mich, als würden sie mich schon ewig kennen.

Am Freitag (20.6.) fuhr ich von Saltsjöbaden nach Stockholm, von dort mit dem Bus nach Nynäshamn und dann mit der Fähre nach Visby. Nach etwa fünf Stunden kam ich endlich auf Gotland an. Ella zeigte mir die Stadt und ihr Zuhause bevor wir auf den Campingplatz in Sandhamn fuhren. Dort lernte ich ihre Familie kennen. Wir grillten, tanzten um den »Majbaum« und, sehr lustig, wie schon zu Weihnachten sangen die Schweden jedesmal, bevor sie ein neues Glas mit Alkohol tranken. Ellas Mutter hatte für uns zwei hübsche Blumenkränze fürs Haar geflochten. Am Abend pflückte ich noch sieben unterschiedliche Blumen. Wir waren uns nicht sicher, ob man nur beim pflücken oder auch noch danach nicht reden durfte. Ich legte mir dann die Blumen unters Kopfkissen in der Hoffnung, daß ich in der Nacht von meinem Zukünftigen träumen werde. Ich schlief zusammen mit Ella und ihren beiden Schwestern Louise und Johanna in einem Zelt. Am nächsten Morgen hatte ich keine Ahnung davon, wen ich später mal heiraten werde. Aber alle vier hatten wir eine dicke Nase. Das Los von Allergikern.

Zum Frühstück traf sich dann wieder die gesamte Familie. Danach fuhren Ella und Louise mit mir zur Südküste von Gotland, die ähnlich wie die englische Küste aussieht. Mittag aßen wir wieder typisch schwedisch, Hering und Pellkartoffeln. Danach packten wir die Zelte

Ein Jahr in Schweden: Zwölfter Monat – Juli

»War alles nur ein Traum?«

Vom August 2007 bis Anfang Juli 2008 arbeitet Marie Lange aus Eberswalde als Au Pair in einer schwedischen Familie. In der »Barnimer Bürgerpost« berichtete sie regelmäßig über ihre Erlebnisse. Seit drei Wochen ist sie wieder in Eberswalde.



Marie Lange (links) im Kreise »ihrer« schwedischen Familie: Oscar, Tom, Anna und Camilla.

zusammen und fuhren zu Ella nach Hause. Am Abend gingen wir tanzen und als ich mich gerade mit Lousie an der Kasse anstellte, sahen wir genau hinter uns die Mitglieder der schwedischen Musikgruppe »Alcazar«. Gotland gilt als Schwedens Ibiza, daher wird hier auch viel und groß gefeiert. Gemeinsam mit Ella, ihrer Schwester und ihren Freundinnen erlebte ich einen sehr schönen Abend.

Am Sonntag zeigte mir Ella noch das originale »Pippi Langstrumpf Haus« aus dem Film und ein wenig von Gotlands Nordküste. Danach gingen wir noch am Hafen essen und ins Kino. Und früh am nächsten Morgen brachte mich Ella zur Fähre, die mich zurück nach Nynäshamn und nach Stockholm brachte. Beim Abschied von Ellas Familie fragte mich ihr Onkel, ob ich im nächsten Jahr zu »Midsommar« wiederkomme.

Zu Hause in Saltsjöbaden wartete dann eine Woche normale Arbeit auf mich. Ich begann Pakete (insgesamt wurden es 6, ich glaube, ich versuchte wirklich dort einzuziehen) und meinen Koffer zu packen. Mein Zimmer sah ohne meine Dekoration schon kaum noch wie mein Zimmer aus. Am Samstag machte ich dann noch einen Ausflug mit Tom und den Kindern zu »Tom Tits«. Dort können Kinder viele Experimente ausprobieren, es war sehr spannend. Nur bekam Oscar dann leider Fieber und wir fuhren wieder nach Hause.

In meiner letzten Woche sollte ich jeden Tag mit meinen Kindern zu Hause sein. Damit Oscar und Anna eine Woche länger Urlaub haben. So hatte ich dann noch eine spannende letzte Woche mit wunderschönem Sonnenschein. Am Montag verabschiedete ich mich von einer Tante und der kleinen Cousine der Kinder. Und am Dienstag organisierten Tom und Camilla eine Abschiedsessen für mich. Sie hatten dazu auch die Großeltern der Kinder eingeladen. Ich bekam von allen wunderschöne Geschenke und von Tom ein paar herzliche Dankesworte. Am nächsten Tag war ich erst mit Oscar zu Hause und dann mit Anna. Anna

hatte nicht ihren besten Tag, aber nach einem Film und einer kleinen Portion Eis sah der Tag schon wieder viel besser aus.

Gemeinsam mit Anna bereitete ich mein Abschiedsessen für die Familie vor. Ich weiß gar nicht mehr, wie viele Gerichte ich an diesem Tag gekocht habe. Vielleicht 6, drei für die Eltern und drei für die Kinder. Aber es war sehr schön, mit allen nochmal ganz gemütlich am Tisch zu sitzen und zu essen.

Am nächsten Tag, dem Tag meiner Abreise, war ich vollauf mit packen, aufräumen und sauber machen beschäftigt. Tom und Oscar waren dann noch so lieb, mich zum Flugbus zu bringen. Ich sagte noch zu Tom, ich will gar nicht nach Hause. Irgendwie hatte ich es die ganzen Tage noch gar nicht begriffen, daß mein Jahr in Schweden zu Ende sein sollte.

Das wurde mir erst so richtig bewußt, als ich schon zwei oder drei Tage wieder in Eberswalde war. Ich hatte dann das Glück, meine ukrainische Freundin Yulia, die ich in Schweden kennengelernt hatte, für 5 Tage bei mir zu Besuch zu haben. Wir kannten uns seit unserem ersten gemeinsamen Schwedischkurs und nun konnte ich ihr Berlin, Eberswalde und Umgebung zeigen. Am meisten freute ich mich darüber, mit Yulia schwedisch sprechen zu können.

Das Ergebnis für meinen 2. SWEDEX B1 Test bekam ich diese Woche. Ich hatte diesmal sogar noch mehr Punkte als bei meinem ersten Test. Nun habe ich meine zweite schwedische 1, mein »mvg« (mycket väl godkänt).

Wie schnell ein Jahr vergeht. Ich vermisse mein Schweden und meine Freunde und meine schwedische Familie. Ich hoffe, daß ich schnell wieder zurückkomme. Ich würde dieses Jahr jeder Zeit wieder machen. Allerdings möchte ich nun nicht mehr als Au pair arbeiten.

Ich weiß wie positiv dieses Jahr für mich war und ich kann es wirklich jedem empfehlen auch solch eine Erfahrung zu machen. Es ist unbezahlbar, was ich in diesem Jahr erleben durfte.

Tack så mycket. Hejdå. MARIE

Numerische Ökologie

Die Beitragsreihe zum Jahr der Mathematik wird diesmal genutzt, um ein mathematisches Forschungsgebiet kurz vorzustellen, bei dem sicherlich die wenigsten Mathematiker beteiligt sind.

Sehr rasant entwickelte sich dieses Gebiet in den 1990er Jahren. Fachwissenschaftler unterschiedlicher akademischer Ausbildung und auf dem Gebiet der Ökologie tätig sammelten viele Daten aus der Natur und erzeugten somit das Bedürfnis, diese auszuwerten. Fast gleichzeitig standen den Fachwissenschaftlern moderne Personalcomputer zur Verfügung, mit denen diese Datensammlungen in Datenbanken überführt werden konnten. Spätestens nun mußte entschieden werden, was macht man mit diesen Daten.

Es boten sich Verfahren der mathematischen Statistik an, mit denen bescheidene Auswertungen bezüglich eines Merkmals erfolgten. Später folgten multivariate Analysen. Das Benutzen von mathematischer Statistik in diesen Anwendungen führt dazu, daß Aussagen abgeleitet werden können, die den beobachteten Daten widersprechen. Folglich ergab sich der Bedarf zur Entwicklung mathematischer Verfahren, die diesen Widerspruch beseitigen und der jeweiligen Datensammlung angepaßt sind. Damit entstand die Numerische Ökologie.

Inhaltlich bezogen sich diese Datenauswertungen auf spezielle Felder, z.B. Mikroorganismen, Ozeanographie, Fischereiwirtschaft, Terrestrische Vegetation, oder Wildtierforschung und Ornithologie. Gemeinsam ist allen Auswertungen die typische Kombination von ökologischem Wissen und einer mehrdimensionalen Datenanalyse, in der Regel ohne Annahme einer Wahrscheinlichkeitsfunktion, und ggf. mit anschließender Visualisierung. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Beschränkung der Auswertungen und Aussagen auf lokale Ökosysteme. Es ist unsinnig ein Ökosystem am Polarkreis mit einem Ökosystem der sommergrünen Wälder zu vergleichen.

Betrachten wir einmal ein typisches Beispiel aus dem nordostdeutschen Tiefland zur Waldvegetationsanalyse. In den 90er Jahren sind in Kiefernbeständen 42 Versuchsflächen ausgewählt worden, welche bzgl. des Waldwachstums im gleichen Entwicklungsstadium waren, gleiche Bewirtschaftung aufwiesen und über eine mittlere Bodenfeuchte verfügten. Unterschiedlich war bei diesen Versuchsflächen der atmosphärische Eintrag von Stickstoff. Die Probestflächen hatten eine Größe von 400 bis 600 m².

Für die Bodenvegetation wurde der Deckungsgrad der einzelnen Pflanzenarten bestimmt. Auf Grund dieser Daten ist dann eine Ähnlichkeit von jeweils einer Versuchsfläche zu den anderen 41 berechnet worden. Diese Ähnlichkeit impliziert ein Abstandsmaß, aus dem man eine 42*42 Matrix der Abstände erhält. Das kann man sich genauso vorstellen, als wenn 42 Orte in der BRD gegeben sind und man die Abstände oder Fahrzeiten zwischen den Orten hat. In Taschenkalendern findet man mitunter solche Entfernungsmatrizen. In einem nächsten Arbeitsschritt wird dann aus der Entfernungsmatrix mittels einer Mehrdimensionalen Skalierung (MDS) ein Koordinatensystem bestimmt, in dem dann jedem Ort bzw. jeder Versuchsfläche zwei Koordinaten zugeordnet sind. Wendet man ein solches Verfahren auf die 42 ausgewählte Orte der BRD an, so wird man unter Umständen als Koordinaten die Nord-Süd-Richtung und die Ost-West-Richtung erhalten.

Bei der Vegetationsauswertung haben wir zunächst für jede Versuchsfläche nur Koordinate 1 und Koordinate 2. Das gestattet auf alle Fälle eine Interpretation der Lage der Versuchsflächen bezüglich dieses Koordinatensystems. Weiterhin ist es möglich, gewisse Merkmale auf jeder Versuchsfläche zu messen, und mittels der Prokrustesanalyse (ein Verfahren der Numerischen Ökologie) die Koordinate 1 und Koordinate 2 zu eichen.

Führende Wissenschaftler auf dem Gebiet der Numerischen Ökologie findet man in Großbritannien. Bekannte Mathematiker sind die Briten John C. Gower und Wójtek J. Krzanowski. Sogar in der BRD gab es in bescheidenem Umfang Aktivitäten auf dem Gebiet der Numerischen Ökologie. Unter der Führung von Prof. Gerhard Hofmann vom Eberswalder Waldkunde Institut gelang es Wissenschaftlern, wie im Beispiel angedeutet, Ökosysteme nicht nur verbal zu beschreiben, sondern sie auch als System zu skalieren.

In den letzten Jahren ist sowohl das Interesse an Numerischer Ökologie, als auch die Entwicklung neuerer Verfahren auf diesem Gebiet zurückgegangen. Über die Ursachen dafür kann nur spekuliert werden.

Dr. ULRICH POFAHL

Chorinfest – Kreiskirchentag im Barnim

Das Evangelische Chorinfest am 7. September ist in diesem Jahr unser Kreiskirchentag im Kirchenkreis Barnim und auch Kreisdiaikonietag. Darüber hinaus ist es auch der Auftakt zur Festwoche zur 750-Jahrfeier der Klostergründung im heutigen Kloster Chorin. Ab 10 Uhr ist Leben im Kloster. Im Markt gibt es diverse Angebote für Groß und Klein mit vie-

len Aktionen, Spielmöglichkeiten, Bühnenprogramm. Das Nachmittagsprogramm »ora et labora« ab 14.30 Uhr widmet sich dann dem Klosterjubiläum. Ein Tagesablauf der Mönche wird zu hören und zu sehen sein. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite: www.chorinfest.de.

HANNIS-PETER GIERING

Der Spätbürger als solcher

Neulich wurde im Deutschlandfunk über Tourismus diskutiert. Es ging in der Expertenrunde speziell um den Wander- und Reisetrieb älterer Menschen und darum, wie der am günstigsten und profitabelsten zu vermarkten sei.

Plötzlich und unerwartet hatten die Fachleute die Frage beim Wickel, wie denn die Kundschaft, also die Altkader des Lebens, am passendsten anzusprechen seien.

Wir haben ja alle registriert, wie das ehrenwert-ehrlche Wort *Rentner* liquidiert und erst einmal durch *Pensionär* und dann durch *Senior* (bzw. *Seniorita*) ersetzt wurde. Wortschminke auf die Faltenalten, Puder auf die Greisenwangen. Feierabendheime wurden zu Seniorenresidenzen hochgelogen, zur »Villa Sorglos« oder zum »Haus Herbsttraum«. An der Übertünchung der Unvermeidlichkeit, altes Eisen geworden zu sein, waren viele Interessenten beteiligt: Lebendfledderer, auf späte Jahrgänge fixierte Medien, nicht zuletzt die Modeindustrie. Wer kennt sie nicht, die auf Jung-Rocker getrimmten Methusalams vom Schlage Herbert Köfers oder die Mittachtzigerinnen, die auf uns Uschi Glas machen (bzw. umgekehrt)?

Interessant (bzw. »spannend«) war an der Runde der einschlägig Befassten die Einigkeit darüber, daß die Euphemismen »Pensionär« und »Senior« nicht mehr »zögen«; sie nähmen heutzutage etwa den »Stellenwert« ein, den früher der Rentner unangefochten innehatte. Ergo müsse was Neues her. Zwar sei Altsein keine Schand net, das Alter erfahre Fürsorge und Respekt. Darauf habe nicht zuletzt die Kohlische Familienministerin aufmerksam gemacht mit ihrer Großplakataktion, die zwar ein paar Millionen Steuergelder verschlungen, aber dem Volke die sensationelle Botschaft verkündet habe – vor zwei Modellen aus der Fielmann-Reklame – Senioren sind nicht ohne! Auch würden Täter, die Senioren ins Koma prügeln, besonders schnell überführt und nur sehr zögerlich wieder nach Hause geschickt.

Aber eben – ein neues Ansprechwort muß her. Hergehört, Alte und noch Ältere, die Schönredner haben was gefunden, das euch die Prostataleiden und die Atemnot, die Gehhilfe, die Blasenschwäche und die Gelenkschmerzen vergessen läßt. Ab sofort dürft ihr euch Silverager (silverädscher) oder Bestager (bestädscher) heißen. Damit wird euch quasi amtlich bestätigt, daß ihr euch im »Silbernen« bzw. im »Besten Alter« befindet. Aus Sichte der Rentenversicherung ist ja auch was dran, werdet ihr dort doch nächstens aussteigen. Zwar sind die Neuwörter noch etwas gewöhnungsbedürftig, aber das wird sich geben. Hat sich die gebildete Nation doch auch an ein Wort gewöhnt, das akustisch einem aufklatschenden Kuhfladen ähnelt, aber einen akademischen Grad meint: *Bäätschäler*.

Für die begrifflich exakte Benennung der Herren Neuwortkreativen steht allerdings schon ein Begriff bereit, Spinner heißt er.

Dr. STEFFEN PELTSCHE

In der Seifenmanufaktur Cöthen

Im Rahmen unserer monatlichen Veranstaltungen besuchten wir am 24. Juni die Seifenmanufaktur von Frau Eisenschmidt in Cöthen. Wir wollten uns einen Einblick in ihre Arbeit bei der Herstellung wunderschöner Seifen verschaffen. Bei bestem Wetter, versorgt mit Kaffee und Kuchen, erfuhren wir schon viel Wissenswertes. Nach der Stärkung begaben wir uns in die Arbeitsräume, wo die Seife hergestellt wird. Wir erfuhren, daß wir mit der feinen Geschenkseife ein Produkt erworben haben, bei dem es sich um ein Unikat handelt. Die praktischen Vorführungen von Frau Eisenschmidt waren für uns alle sehr einfühlend dargestellt. Einzelne Mitglieder unserer Gruppe wurden mit in die Arbeit einbezogen, ob beim Herauslösen der Seife aus der Form bis hin zur Endfertigung, also der Verpackung.

Wir hatten viel Spaß dabei und erfuhren, daß diese Seife keine Stabilisatoren und keine Konservierungsstoffe enthält, sondern ausschließlich auf pflanzlicher Basis hergestellt wird.



Frau Eisenschmidt zeigte uns dies anhand von Beispielen. Am Schluß unserer Veranstaltung durften wir uns dann »von innen reinigen«. Wir tranken Seife aus kleinen Reagenzgläsern. Es schmeckte aber nicht nach Seife, es war ein schwach weinhaltes Getränk.

Für die gelungene Veranstaltung und den schönen Tag in Cöthen möchten wir uns noch einmal bei der Geschäftsinhaberin Frau Eisenschmidt herzlich bedanken.

KARIN LITTMANN

»Kunst aus China«

Eberswalde (prest-ew). Seit Anfang Juli kann man sich in der Kleinen Galerie der Stadt Eberswalde, im Hauptgebäude der Sparkasse Barnim an der Michaelisstraße, auf eine Reise in das Reich der Mitte begeben. Vier chinesische Künstler zeigen Einblicke in ihr Schaffen. Vielseitiges ist zu sehen: moderne Reliefkunst neben traditioneller Tuschkmalerei, Frauenporträts neben chinesischer Volkskunst.

Holzkunstausstellung

Maria-Magdalenen-Kirche Eberswalde
20. Juli bis 5. Oktober 2008

Horst Giese: »Leben in Holz«

Horst Giese aus Berlin-Marienfelde gestaltet seine Umwelt aus Holz. Exponate seines privaten Holzkunstmuseums werden hier in der »Holzhauptstadt Eberswalde« gezeigt.

HANNIS-PETER GIERING

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: **Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde**
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Powern für die Schule

Protestlied gegen die Schließung der Einstein-schule. Uraufgeführt am 25. April 2006 anlässlich des Protesttages »Wir powern für die Schule«.

*Die Spatzen habt ihr schon vertrieben,
den Specht hat lang keiner mehr gehört,
der Quartiershof, da wo richtig Leben war,
wird von euch auch noch zerstört!
Zwei Schulen habt ihr abgerissen,
da sagen sich jetzt Fuchs und Has' gut' Nacht,
sagt mal habt ihr kein Gewissen?
Ihr demonstriert hier eure Macht.*

*Wir nehmen uns jetzt alle bei den Händen
und zeigen Solidarität
es darf nicht geschehen das hier bald kein
Haus mehr steht
und alles den Bach runter geht*

*Bislang habt ihr noch nicht verloren,
die Zukunft eurer Kinder ist der Plan,
den Kampf habt ihr den Mächtigen geschworen,
für die Rettung Eurer Schule tretet an!
Euer Protest der soll laut ertönen,
nur tote Fische schwimmen mit dem Strom,
daß unsere Politiker ihn hören,
denn sie sitzen auf 'nem hohen Thron!*

*Wir nehmen uns jetzt alle bei den Händen
und zeigen Solidarität
es darf nicht geschehen das hier bald kein
Haus mehr steht
und alles den Bach runter geht*

toBIAs emmerich

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Hickel, Lange, Markmann (6), Triller
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18
redaktionsschluß: 19. Juli 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement: 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30.8.2008, 12 Uhr.